



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

JUGENDSTRATEGIE 2015-2018

HANDELN FÜR EINE  
**JUGENDGERECHTE  
GESELLSCHAFT**



# Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft

Die Jugendstrategie 2015-2018



## Einleitung

Mit der Eigenständigen Jugendpolitik und der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ stellt das Bundesjugendministerium die Interessen und Bedürfnisse der 12- bis 27-Jährigen in den Mittelpunkt und tritt für eine Politik für, mit und von Jugend ein. Es ist Zeit dafür: In der Politik, in der Fachpraxis und auch in der öffentlichen Diskussion geht es insbesondere um Kinder. Kitausbau, Kinderschutz, kinderfreundliche Kommunen – alles wichtige Anliegen. Daneben müssen aber auch Jugendliche und junge Erwachsene verstärkt in den Blick genommen werden.

Diese Broschüre legt dar, was das Bundesjugendministerium bewegt hat, diese Jugendstrategie aufzulegen: Zugrunde liegt die Überzeugung, dass das Jugend- und junge Erwachsenenalter besonderer politischer Aufmerksamkeit sowie passender Konzepte und Angebote bedarf. Denn Jugend ist mehr als der Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein. Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Für Jugendliche und junge Erwachsene geht es darum, eine Allgemeinbildung sowie soziale und berufliche Handlungsfähigkeit zu erlangen (Qualifizierung), für sich selbst Verantwortung zu übernehmen (Verselbstständigung) und eine Balance zwischen individueller Freiheit und sozialer Zugehörigkeit und Verantwortung zu entwickeln (Selbstpositionierung). Dieser Dreiklang aus dem 15. Kinder- und Jugendbericht macht deutlich, vor welchen Herausforderungen jede und jeder Jugendliche steht – und das bei nach wie vor ungleich verteilten Chancen.

Mit der Jugendstrategie setzt sich das Bundesjugendministerium für eine jugendgerechte Gesellschaft ein. Diese bietet allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerechte Bedingungen, um die Herausforderungen dieser Lebensphase zu meistern, und beteiligt sie an allen Entscheidungen, die sie betreffen.

Diese Broschüre skizziert die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die zentralen Bedürfnisse der Jugend. Die Ziele der Jugendstrategie und die Anforderungen an sie machen einen weiteren Teil dieser Broschüre aus. Darüber hinaus werden die Maßnahmen aufgeführt, die das Bundesjugendministerium gemeinsam mit vielen Partnern unter dem Dach der Jugendstrategie umsetzt – vom bundesweiten Prozess „Jugendgerechte Kommunen“ über die Entwicklung des Jugend-Checks und verschiedene Projekte zum Thema Jugendbeteiligung bis hin zur Initiative „Chancen eröffnen durch Austausch und Begegnung“. Die Jugendstrategie hat vier zentrale Handlungsfelder: Es geht um wirkungsvolle Jugendbeteiligung, Zeiten und (Frei-)Räume, Perspektiven und Teilhabe sowie um vielfältige Jugendbilder.

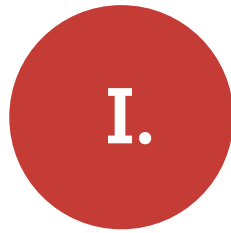
Eine Eigenständige Jugendpolitik muss dem Anspruch gerecht werden, nicht aus der Perspektive von Zuständigkeiten zu denken, sondern konkret an den Belangen und den Lebenswirklichkeiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen anzusetzen. Dafür gibt es eine gemeinsame Verantwortung, und deshalb muss eine effektive Jugendstrategie von der gesamten Bundesregierung getragen und von einem starken Jugendministerium koordiniert werden.

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. JUGEND ALS EIGENSTÄNDIGE LEBENSPHASE – GESELLSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN, HERAUSFORDERUNGEN UND BEDÜRFNISSE .....</b>	<b>7</b>
Gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Jugend .....	8
Herausforderungen und Bedürfnisse der Jugend .....	13
<b>II. DIE JUGENDSTRATEGIE: ZIELE UND ANFORDERUNGEN .....</b>	<b>19</b>
Zentrale Ziele .....	19
Anforderungen an die Jugendstrategie .....	20
<b>III. HANDLUNGSFELDER DER JUGENDSTRATEGIE .....</b>	<b>27</b>
Politik für, mit und von Jugend: wirkungsvolle Jugendbeteiligung .....	27
Zwischen Anforderungen und Bedürfnissen: Zeiten und (Frei-)Räume .....	31
Zukunftspolitik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen: gesellschaftliche Perspektiven und soziale Teilhabe .....	34
Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen .....	38
<b>IV. PERSPEKTIVEN DER JUGENDSTRATEGIE .....</b>	<b>41</b>
Kennen und unterstützen: Politik für junge Erwachsene .....	41
Mitdenken und vorausschauen: Familienpolitik für die Jugend .....	43
Anerkennen und verankern: Politische Jugendbeteiligung .....	44
Vermitteln und befähigen: Politische Bildung und Demokratiebildung .....	46
Lernen und mitbestimmen: Jugendgerechte (Ganztags-)Schule .....	48
Vereinfachen und informieren: Rechte der Jugend .....	50
Wissen und beteiligen: Neuorientierung der Jugendforschung .....	51
<b>V. MASSNAHMEN DER JUGENDSTRATEGIE .....</b>	<b>55</b>
Initiativen und Strategien .....	56
Projekte .....	62
Jugendpolitische Foren .....	78
<b>Quellenverzeichnis .....</b>	<b>80</b>
<b>Bildnachweise .....</b>	<b>82</b>







## JUGEND ALS EIGENSTÄNDIGE LEBENSPHASE – GESELLSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN, HERAUSFORDERUNGEN UND BEDÜRFNISSE

Das Jugend- und junge Erwachsenenalter ist eine eigenständige Lebensphase, die besonderer politischer Aufmerksamkeit sowie passender Konzepte und Angebote bedarf. Diese Sichtweise liegt dem Ansatz der – entsprechend so genannten – Eigenständigen Jugendpolitik zugrunde. Jugendpolitik ist keine Fortsetzung der Kinderpolitik, kein Teilbereich der Familienpolitik – Jugendpolitik ist ein eigenständiges Politikfeld für Menschen in der Lebensphase Jugend.

Unter dem Dach der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ arbeitet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit zahlreichen Partnern an der Umsetzung und Weiterentwicklung dieses Politikansatzes.

Die Lebensphase Jugend beginnt im frühen zweiten Lebensjahrzehnt, reicht häufig bis Ende 20 und verläuft schon lange nicht mehr „typisch“. Die Eigenständigkeit der Lebensphase Jugend hat zwei Dimensionen: Sie ist erstens ein eigener Abschnitt im Leben eines Menschen, unter spezifischen Bedingungen und verbunden mit besonderen Herausforderungen. Damit ist Jugend mehr als eine bloße Entwicklungsstufe zwischen Kindheit und Erwachsensein. Zweitens leben die jungen Menschen, die einer Generation angehören, unter jeweils spezifischen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, die die Möglichkeiten und Grenzen ihrer sozialen Teilhabe bestimmen. Das rechtfertigt jedoch keine Etiketten wie „Generation Y“ oder „Z“, denn Jugendliche und junge Erwachsene sind zugleich keine einheitliche Bevölkerungsgruppe, sondern geprägt durch vielfältige Lebenslagen, Interessen und Bedürfnisse.

**„Wir sind die Zukunft. Aber nicht nur. Interessen und Bedürfnisse haben wir im Hier und Jetzt. Eine Menge Herausforderungen müssen wir schon heute meistern. Eine Gesellschaft ohne uns? Gibt es nicht. Wir sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Aber wir brauchen Unterstützung. Erst wenn alle Akteure das verinnerlicht haben, ist eine jugendgerechte Gesellschaft möglich.“<sup>1</sup>**

## Gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Jugend

Große gesellschaftliche Trends haben Auswirkungen auf alle Menschen, so auch auf die junge Generation. Einen besonderen Einfluss auf die Lebenslagen und Lebenswelten von jungen Menschen in Deutschland haben insbesondere der demografische Wandel, die Globalisierung, die Digitalisierung und die ausgeprägte Leistungs- und Bildungsorientierung unserer Wissensgesellschaft.

### Demografischer Wandel

„Weniger, älter, bunter“ lautet die Kurzformel des demografischen Wandels in Deutschland, der alle Generationen berührt. In besonderer Weise sind jedoch diejenigen betroffen, die heute jung sind; die demografischen Veränderungen beeinflussen die Bedingungen für ihr Aufwachsen und ihre Entfaltungsmöglichkeiten ganz wesentlich.

**„Unser Problem: wir sind eine Minderheit. Der demografische Wandel arbeitet gegen uns. Aber wir können uns aktiv in die Gestaltung unserer Zukunft einbringen.“<sup>42</sup>**

Die Bevölkerung im Alter von 12 bis 27 Jahren wird laut aktuellen statistischen Berechnungen in Deutschland auch bei stärkerer Zuwanderung bis 2030 auf 12,2 Millionen beziehungsweise 15 Prozent zurückgehen (2013: 14 Millionen beziehungsweise 17 Prozent). Menschen über 60 Jahre werden mehr als ein Drittel der





Gesellschaft ausmachen (2030: 28 Millionen beziehungsweise 35 Prozent) und entsprechend Gestaltungsmacht ausüben.<sup>3</sup> An gesellschaftlichen Weichenstellungen sind Jugendliche und junge Erwachsene nur bedingt beteiligt.

Ein Beispiel: Bereits jetzt stellen Menschen unter 30 nur ein Sechstel der Wahlbevölkerung in Deutschland, mehr als doppelt so viele sind über 60.<sup>4</sup> Mit der prognostizierten weiteren Verschiebung dieses Verhältnisses geht möglicherweise auch eine weitere Verlagerung von politischer Macht und Aufmerksamkeit einher. Entscheidungen würden dann noch stärker als bisher von älteren Menschen oder in ihrem Interesse getroffen. Zu dieser Aussicht trägt auch bei, dass sich das politische Interesse junger Menschen eher in punktuellen Engagement als innerhalb politischer Parteien und durch Beteiligung an Wahlen artikuliert.

Unsere alternde Gesellschaft steht vor der Herausforderung, die jüngere Bevölkerungsgruppe wirksam an Entscheidungen zu beteiligen und ihre Rechte zu sichern sowie für einen fairen Lastenausgleich und bedarfsgerechte Angebote für junge Menschen zu sorgen. Neben einer gerechten Politik für alle Generationen sowie dem Ringen um jugendgerechte Angebote, vor allem in dünn besiedelten Regionen, geht es auch um die Art und Weise eines solidarischen Zusammenlebens in unserer parlamentarischen Demokratie.

**„Verfrühstückt nicht unsere Rente.“<sup>5</sup>**

**„Mehr junge Menschen in die Politik!“<sup>6</sup>**

## Globalisierung

Die Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen und für ihre soziale und politische Teilhabe unterscheiden sich von Staat zu Staat, von Gesellschaft zu Gesellschaft, von Kultur zu Kultur, und sie sind maßgeblich geprägt von politischen und ökonomischen Faktoren. Zugleich werden jugendliche Lebenslagen von regionalen Bedingungen sowie von Entwicklungen jenseits der Landesgrenzen, in Europa oder im globalen Kontext beeinflusst.

Hinzu kommt, dass sich die Lebenswelten vieler junger Menschen nicht (mehr) auf das örtliche Wohnumfeld beschränken. Europa und „die ganze Welt“ werden für eine wachsende Anzahl junger Menschen zum erweiterten Lebens- und Erfahrungsraum, bestärkt durch die globale Wirtschaft, durch grenzübergreifende Kultur, durch Migration und Flucht, durch eigene Auslandserfahrungen und nicht zuletzt durch das Internet. Das beeinflusst die alltägliche Lebenspraxis vieler Jugendlicher und junger Erwachsener, ihre Werteorientierung und auch ihre Zukunftsvorstellungen.

**„Immer mehr junge Menschen fühlen sich nicht nur einem Land zugehörig. Stattdessen richten sie ihre Identität international aus. Sie oder ihre Eltern sind migriert, sie verbringen eine Weile im Ausland oder machen längere Reisen. Ihr Freundeskreis besteht neben Mitschüler\*innen oder Studierenden aus ihrer direkten Umgebung aus Freund\*innen aus anderen Ländern, die sie auf Reisen oder im Internet kennengelernt haben. Zu ihnen halten sie zum Beispiel über Skype Kontakt. Umgekehrt kommen viele junge Menschen für Studiensemester, Praktika, Teile ihrer Ausbildung oder zum Arbeiten nach Deutschland. Dieser globale Kontext bietet neue Möglichkeiten, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln.“<sup>7</sup>**



Die Chancen für junge Menschen, selbst Erfahrungen im Ausland zu sammeln, hängen nicht zuletzt von ihrer Herkunft und ihrem Bildungsstand ab. Die einen kennen ihre Möglichkeiten nicht oder haben tatsächlich keine große Auswahl. Andere wiederum haben so viele Gelegenheiten, dass sie diese gar nicht alle nutzen können. So verbringen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sehr viel häufiger eine bestimmte Zeit im Ausland als Gleichaltrige, die nicht auf ein Gymnasium gehen und/oder weniger Geld zur Verfügung haben.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung problematisiert neben den ungleichen Zugängen zu internationalen Erfahrungen einen Widerspruch zwischen der Bewertung verschiedener Mobilitätserfahrungen: „Während für einen Teil junger Menschen eine grenzüberschreitende Mobilität als Möglichkeitsraum erweiterter Bildungs-, Erfahrungs- und Qualifikationsprozesse Anerkennung findet, wird sie für andere, zugewanderte junge Menschen, nicht in einen solchen Anerkennungszusammenhang eingebettet. Ganz unabhängig davon bleibt sie einer ganzen Reihe von jungen Menschen in Deutschland gänzlich verwehrt.“<sup>8</sup>



## Digitalisierung

**„Wir sind online, das Internet ist ein wichtiger Teil unseres Lebens.**

**Wir verabreden und vernetzen uns online, wir bilden uns unsere Meinung online, wir genießen Kultur online, wir finden online neue Freunde.“<sup>9</sup>**

Die Digitalisierung führt zu einer nahezu grenzenlosen Informationsvielfalt, die überall und in Echtzeit verfügbar ist. Sie führt auch zu individualisierten und flexibleren Lern- und Arbeitsprozessen, die ein größeres Maß an Selbstbestimmung ermöglichen. Verdichtung, Beschleunigung und Entgrenzung sind Teil der (digitalen) Lebenswelten von jungen Menschen. Jugendliche und junge Erwachsene bewegen sich in Online- und Offline-Welten, das digitale Netz ist Teil ihrer Realität. Scheinbar parallele Welten verschmelzen miteinander. Jugendliche und junge Erwachsene nutzen digitale Medien aktiv und kreativ und gestalten beide Welten mit. Dabei erwerben sie wichtige Fähigkeiten, sie positionieren und präsentieren sich, erweitern ihren Handlungsraum.

**„Die ständige Erreichbarkeit durch das immer und überall Onlinesein ist anstrengend.“<sup>10</sup>**

Die Digitalisierung wirft (nicht nur für junge Menschen) neue Fragen auf: Was ist privat, was öffentlich? Wie verfügbar muss ich sein, wie wichtig ist körperliche Anwesenheit, was darf ich verpassen? Online-Aktivitäten sind von erheblicher Bedeutung für die Selbstpositionierung und die Kommunikation von jungen Menschen – bei allerdings ungleichen Nutzungsweisen und Zugangschancen. Wie junge Menschen das Internet nutzen können, ist schließlich abhängig von ihrem Lebensort, ihren technischen sowie finanziellen Möglichkeiten und ihrem Bildungshintergrund.



„Online zu sein ist heute normal für Jugendliche. Wer es nicht ist, läuft Gefahr, ausgeschlossen zu werden. Im Freundeskreis, in der Schule, in der Berufsausbildung oder im Studium spielt das Internet eine sehr wichtige Rolle. Jedoch hat nicht jede\*r die gleichen technischen Zugänge und Möglichkeiten, um an der digitalen Welt teilzuhaben und sich einzubringen. Wer in der Offline-Welt benachteiligt ist, ist es noch viel mehr in der Online-Welt.“<sup>11</sup>

Das Internet ist ein Raum der Chancen, aber auch der Risiken. So wird das Netz dominiert von großen Unternehmen, die ununterbrochen Daten über ihre Nutzerinnen und Nutzer sammeln. Selten kommunizieren sie verständlich, was sie mit diesen Daten tun. Zudem werden Internetinhalte zunehmend von Algorithmen beeinflusst, und keineswegs transparente Steuerungsinstrumente filtern gerade auch in den sozialen Medien, was wir als Wahrheit wahrnehmen.

Um die Jugend vor den Gefahren der Online-Welt zu schützen, werden Restriktionen gefordert (zum Beispiel Nutzungsbeschränkungen und Verschärfungen des Jugendschutzgesetzes). Gleichzeitig müssen junge Menschen in einer kritisch-reflexiven Mediennutzung unterstützt werden.

## Wissensgesellschaft

Die ausgeprägte Leistungs- und Bildungsorientierung unserer Wissensgesellschaft stellt ein zentrales Thema für junge Menschen dar. Bildung prägt ihren Lebensalltag und entscheidet über Teilhabemöglichkeiten und zukünftige Chancen. Gleichzeitig hat Bildung einen großen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung. Jugendliche und junge Erwachsene haben den Wunsch nach einem vielfältigen Angebot der

„Nutzungsbedingungen von sozialen Netzwerken müssen verhandelbar sein – kein ‚friss-oder-stirb‘ beziehungsweise kein sozialer Netzwerktd mehr!“<sup>12</sup>

„Ich glaube, dass die Technologie der älteren Generation auch Angst bereitet und sie deshalb eine Aversion dagegen hat. Sie haben auch Angst, dass die Werte, die sie haben, verloren gehen.“<sup>13</sup>

**„Durch mit Prüfungen und Hausarbeiten vollgestopfte Ferien wird unser Ehrenamt erschwert. Ein Ferienschutz muss her!“<sup>14</sup>**

Lern- und Bildungsorte, das ihren Interessen und Bedürfnissen, unter anderem nach Mitbestimmung, entspricht. Sie wünschen sich ein breit gefächertes Ausbildungsangebot und sie stellen hohe Anforderungen an ihre (künftigen) Arbeitgeber, zum Beispiel mit Blick auf Lohngerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

**„Es wird zu viel von uns erwartet! Wir sollen Familie, Freunde, Schule, Studium, Beruf und Engagement unter einen Hut bringen – unser Leben wird dabei zu viel von außen bestimmt.“<sup>15</sup>**



**„Jugendliche und junge Erwachsene können heute aus einer Vielzahl an (Teil-)Identitäten auswählen und diese zumindest zeitweise ausprobieren. Angesichts der Erwartungen an eine Lebensführung, die zugleich selbstbestimmt und zu ständiger Selbstoptimierung bereit ist, steigen auch die Anforderungen an Jugendliche.“<sup>16</sup>**

Im politischen und gesellschaftlichen Diskurs wird es häufig als wichtigste Aufgabe der jungen Generation gesehen, sich zu qualifizieren. Junge Menschen sind entsprechend stark in Schule, Berufsvorbereitung, Berufsausbildung oder Studium eingebunden und befinden sich heutzutage oft bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hinein in der Ausbildung. In der Jugendforschung ist auch von einer sogenannten „Scholarisierung des Jugendalters“ die Rede, das heißt, die formale Ausbildung intensiviert und verlängert sich. Hinzu kommt, dass auch die Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung aufwendiger, langwieriger und komplexer geworden sind. Das verstärkt das von vielen jungen Menschen empfundene Spannungsfeld zwischen einem Zuviel an formaler Bildung und einem Zuwenig an Freiräumen und freier Zeit.

## Herausforderungen und Bedürfnisse der Jugend

Die 13 Millionen jungen Menschen zwischen 12 und 27 Jahren in Deutschland bilden keine einheitliche Gruppe – „die Jugend“ gibt es nicht. Die Vielfalt jugendlicher Lebenswelten findet sich in städtischen und ländlichen Räumen, in unterschiedlichen regionalen, sozialen und kulturellen Zusammenhängen. Der weit

überwiegende Teil dieser jungen Menschen kommt mit den jeweiligen Rahmenbedingungen gut beziehungsweise weitgehend zurecht. Allerdings gibt es auch Risikogruppen. So stellt der 14. Kinder- und Jugendbericht fest, dass „je nach einbezogenem Kriterium (gesundheitliche Belastung, Delinquenzbelastung, Bildungsferne sowie sozio-kulturelle Herkunft, Geschlecht und Alter u. a.) (...) diese Gruppe zwischen fünf und knapp 20 Prozent der Altersgruppe (variiert).“<sup>17</sup>

Bei ungleich verteilten Möglichkeiten und unterschiedlichen Rahmenbedingungen stehen alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor den gleichen Kernherausforderungen. Sie auszubalancieren und in ein gutes Verhältnis zu ihren Interessen und Bedürfnissen zu bringen, ist die zentrale Aufgabe des Jugend- und jungen Erwachsenenalters.



### Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung

Der 15. Kinder- und Jugendbericht benennt drei Kernherausforderungen, die Jugendliche und junge Erwachsene vorrangig zu bewältigen haben. Für sie alle geht es um Qualifizierung (das Erlangen einer Allgemeinbildung sowie einer sozialen und beruflichen Handlungsfähigkeit), um Verselbstständigung (die Übernahme von Verantwortung für sich selbst) und um Selbstpositionierung (das Finden einer Balance zwischen individueller Freiheit und sozialer Zugehörigkeit sowie Verantwortung). Im Jugendalter – verstanden als „gesellschaftlicher Integrationsmodus“<sup>18</sup> – geht es darum, sich in ein Verhältnis zur Gesellschaft zu setzen und gesetzt zu werden. Jugendliche und junge Erwachsene tun dies, indem sie

Der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“ wurde von einer unabhängigen Sachverständigenkommission im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet und im Februar 2017 veröffentlicht.

Der Bericht zeichnet ein aktuelles Bild der Lebenslagen und des Alltags Jugendlicher und junger Erwachsener. So wird „Jung sein heute“ durch den demografischen Wandel und unsere Migrationsgesellschaft bestimmt, ebenso wie durch (ungleiche) sozioökonomische Rahmenbedingungen und die Einbettung in Bildung, Ausbildung und Beschäftigung.

Betrachtet werden auch Familienbeziehungen, Gleichaltrigen- und Partnerschaften sowie Jugendkulturen und -szenen. Darüber hinaus analysiert der Bericht das Verhältnis von Jugendlichen zu Politik und Religion, zu Gegenwart und Zukunft – bei regional unterschiedlichen Rahmenbedingungen und im Kontext von Mobilität, Digitalisierung und Globalisierung.

Ein ganzes Kapitel ist dem digital-vernetzten Leben Jugendlicher gewidmet. Darüber hinaus zieht der 15. Kinder- und Jugendbericht auch eine Zwischenbilanz zur Ganztagschule aus der Jugendperspektive und analysiert die Situation und die Herausforderungen der Jugendarbeit sowie der sozialen Dienste im gesellschaftlichen Wandel.

Ergänzend zum Jugendbericht hat das Bundesjugendministerium erstmals eine Jugendbroschüre vorgelegt, erstellt von einem Redaktionsteam der Jugendpresse Deutschland (**Kapitel V**).

selbst handeln, lernen, entscheiden, experimentieren und vielfältige Interessen und Bedürfnisse ausbalancieren.

**„Wer unsere Interessen nicht kennt, kann auch nicht in unserem Interesse handeln.“<sup>21</sup>**

Wie Jugendliche und junge Erwachsene diese Herausforderungen meistern, hängt nicht nur von ihren eigenen Einstellungen, Entscheidungen und Verhaltensweisen ab, sondern wird maßgeblich durch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen und das „institutionelle Gefüge des Aufwachsens“<sup>19</sup> beeinflusst, so der 15. Kinder- und Jugendbericht. Demnach ist „die Politik auf allen Ebenen gefordert, sich der gesellschaftlichen Verantwortung für die Jugend neu zu vergewissern und durch das Setzen von förderlichen Rahmenbedingungen Jugend zu ermöglichen.“<sup>20</sup>



Nicht nur das Wissen um die Kernherausforderungen des Jugendalters, sondern auch die Kenntnis der Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen ermöglicht es, politische Maßnahmen sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Leistungen auf Jugendgerechtigkeit zu überprüfen.

### Wirksame Mitbestimmung

Jugendliche und junge Erwachsene haben das Recht, wirksam für ihre Interessen einzutreten, und sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Sie haben wesentliche Inhalte zu gesellschaftspolitischen Themen und Entwicklungen beizusteuern; ihre Perspektiven können nicht ersetzt werden. Junge Menschen wollen mitentscheiden, wenn ihre Umgebung gestaltet und ihre Zukunft beeinflusst wird.

**„Warum werden wir so oft bevormundet? Nehmt uns ernst und bringt uns Selbstständigkeit bei!“<sup>22</sup>**

### Eigene Räume und freie Zeiten

Junge Menschen brauchen Zeiten und Räume, die sie selbst gestalten können und in denen Entscheidungen keine unabsehbaren Folgen haben. Es geht um Spiel- und

**„Nur, weil wir mehr Freizeit fordern, heißt das nicht, dass wir faul sind!“<sup>23</sup>**



Erprobungsräume, um Rückzugsorte und auch um jugendliche „Gegenwelten“ zur erwachsenen Gesellschaft. Diese Räume werden von Jugendlichen oft vermisst: etwa auf öffentlichen Plätzen, von denen sie verdrängt werden, oder auf dem Land, wo es an Möglichkeiten für Mobilität, Internetzugang und Freizeitangeboten mangelt. Auch internationale Handlungsräume bleiben für viele verschlossen, und steigende Bildungsanforderungen schränken Freizeit ein.

### Soziale Teilhabe und Gleichberechtigung

**„Die Politik soll eine Vorbildfunktion haben und queerfreundlich agieren.“<sup>26</sup>**

Der 15. Kinder- und Jugendbericht betont immer wieder, dass Jugend „durch gesellschaftliche Strukturen sozialer Ungleichheit“<sup>24</sup> gekennzeichnet ist. Teilhabechancen sollten jedoch weder durch das Verhältnis zu früheren Generationen, noch durch regionale und sozialräumliche Unterschiede, Bildungsungleichheiten oder durch strukturelle Barrieren im Bildungssystem<sup>25</sup> geschmälert werden. Jugendliche und junge Erwachsene wollen keine Nachteile – unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer Nationalität, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung und Identität, ihrer Religion und Weltanschauung oder (Nicht-) Behinderung.

### Heutige Interessen und künftige Aussichten

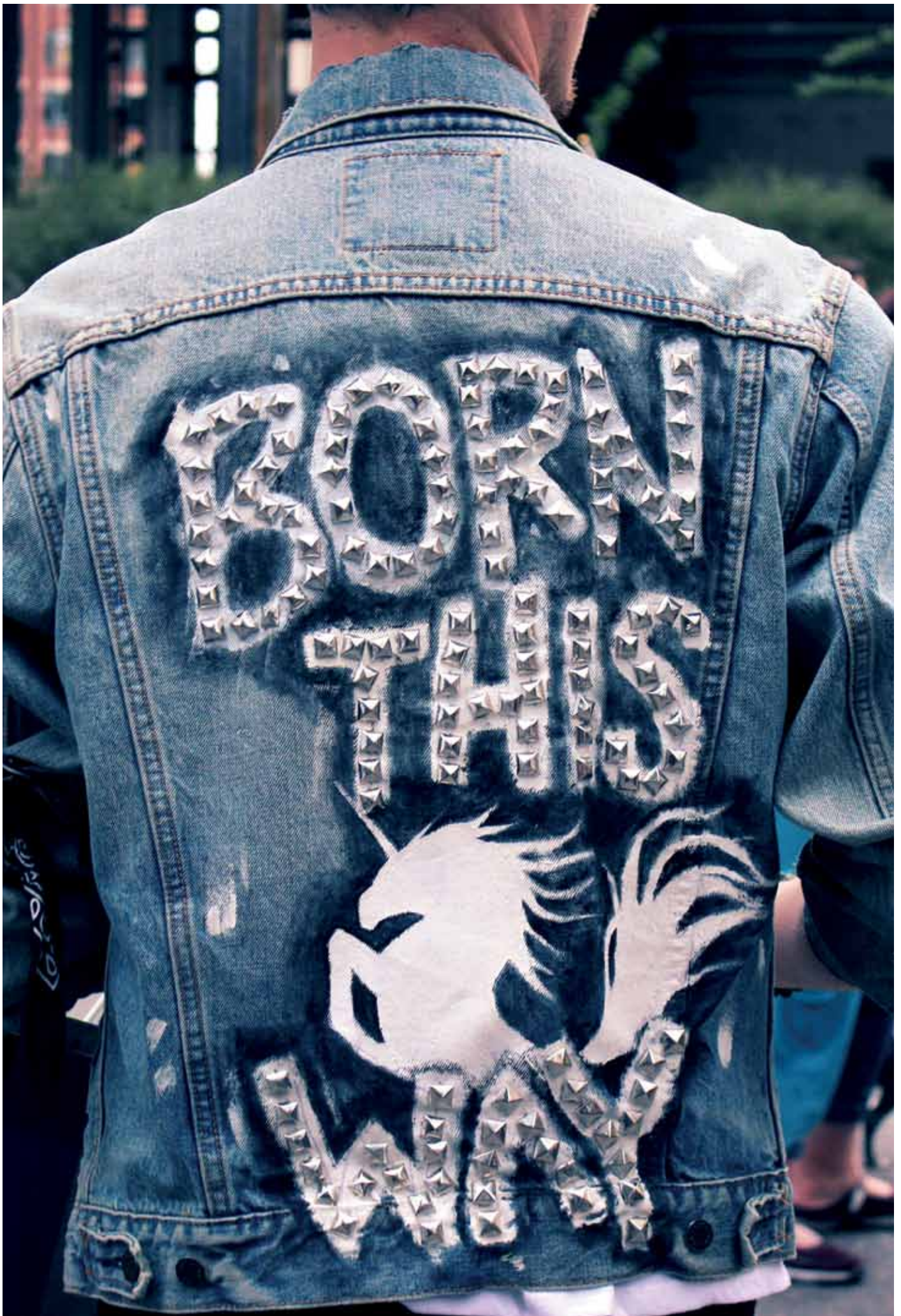
**„Wenn wir schon die Zukunftsträger von morgen sind und wenn wir die Zukunft sind, dann sollten sie auch besser auf uns eingehen und uns besser vorbereiten auf die Zukunft, die wir dann ja tragen sollen.“<sup>27</sup>**

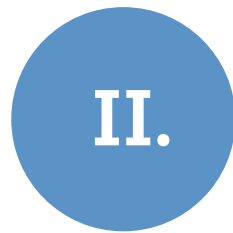
Um die Herausforderungen der Lebensphase Jugend meistern zu können, brauchen Jugendliche und junge Erwachsene die Zuversicht, dass die Zukunft bewältigt werden kann. Sie brauchen die Aussicht auf eine gute Ausbildung und einen Arbeitsplatz sowie auf persönlichkeitsbildende Erfahrungen. Sie brauchen aber auch die Sicherheit, in eine lebenswerte Gesellschaft hinein zu wachsen, die sie mitgestalten können. Berufliche Perspektiven sollten Interessen und Kompetenzen entsprechen, persönliche Lebensmodelle möglichst frei wählbar sein.

Die Lebensphase Jugend ist durch ein Spannungsverhältnis von Gegenwarts- und Zukunftsorientierung gekennzeichnet; gegenwärtige Entscheidungen haben oft einen gravierenden Einfluss auf zukünftige Möglichkeiten und Chancen. Junge Menschen wollen jedoch nicht auf ihre Rolle als gesellschaftliche Zukunftsträgerinnen und Zukunftsträger oder als Gestalterinnen und Gestalter optimaler Biografien reduziert werden, sondern auch unbefangen ihren ganz gegenwärtigen Interessen und Bedürfnissen nachgehen.









## DIE JUGENDSTRATEGIE: ZIELE UND ANFORDERUNGEN

Die Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steht unter dem Leitmotiv „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“. Das Ziel ist eine Gesellschaft, die die junge Generation an allen Entscheidungen beteiligt, die sie betreffen, und die allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen faire Bedingungen bietet, um die Herausforderungen dieser Lebensphase zu meistern. Es gilt, sich politisch und gesellschaftlich kontinuierlich über Jugend zu verständigen, um Jugend gestalten und leben zu können. Dafür bietet die Jugendstrategie einen Ort.

„Ich brauche Halt in meiner Familie. Ich brauche Halt in der Gesellschaft. Ich brauche aber auch Halt in der Politik, in der ich mich wiederfinden möchte.“<sup>28</sup>

### Zentrale Ziele

In einer jugendgerechten Gesellschaft gelten folgende Ziele als erreicht:

**Alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen** haben gute Chancen, umfassende Teilhabemöglichkeiten und attraktive Perspektiven auf ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, ethnisch-kultureller Zugehörigkeit, Religion oder Behinderung. Sie erhalten Angebote für jede notwendige Förderung und Unterstützung, die sie für ihre Entwicklung zu möglichst selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten brauchen. Jugendliche und junge Erwachsene werden bei allen Entscheidungen beteiligt, die sie betreffen, und sind in den politisch-gesellschaftlichen Diskurs über Jugend aktiv eingebunden.

**Die politischen Akteure** denken die Interessen und Bedürfnisse der jungen Generation mit und verstehen sich als verantwortungsvolle Gestalter von Jugend. Es

gibt eine Jugendstrategie der gesamten Bundesregierung mit einem starken und koordinierenden Jugendressort. Immer wenn Jugendliche oder junge Erwachsene mittelbar oder unmittelbar betroffen sind, werden sie berücksichtigt und beteiligt.

**Die Gesellschaft** verständigt sich kontinuierlich und verantwortungsbewusst über Jugend und hat Platz für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Ihre Interessen und Bedürfnisse sind den relevanten Akteuren bewusst, und sie beziehen sie auf Augenhöhe in ihr Handeln ein. Die junge Generation hat eigene Räume, ist in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar, wird respektiert und wertgeschätzt. Jugendliche und junge Erwachsene werden möglichst realistisch dargestellt und in ihrer Vielfalt wahrgenommen; es gibt lebendige Jugendkulturen.

## Anforderungen an die Jugendstrategie

Es geht nicht nur darum, was Politik macht, sondern auch darum, wie Politik gemacht wird. Die Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist als gemeinsame Aufgabe vieler staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure konzipiert. Sie versteht sich als fachliche Plattform und gleichsam als Einladung an Länder und Kommunen zur strategischen Zusammenarbeit. Sie fungiert als Lobby für Jugend und bietet Orte und Anlässe für den politisch-gesellschaftlichen Diskurs über Jugend und über Anforderungen an eine jugendgerechte Gesellschaft.

### Gemeinsame Aufgabe, Netzwerk und Plattform

Unsere Gesellschaft braucht die Jugend – ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Potenziale. Und die Jugend braucht in dieser entscheidenden Lebensphase geeignete Rahmenbedingungen, um ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten und mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Die junge Generation, die Politik und die Gesellschaft sind gefordert, sich als Gestalter von Jugend über Jugend zu verständigen. Eigenständige Jugendpolitik agiert nicht



aus der Perspektive von Zuständigkeiten, sondern ausgehend von den Belangen junger Menschen und in gemeinsamer Verantwortung.

Eigenständige Jugendpolitik ist sowohl Ressort- als auch Querschnittspolitik. Es bedarf einer weitreichenden gemeinsamen Strategie aller Politikfelder bei einem koordinierenden Jugendressort.

Eine jugendgerechte Gesellschaft kann nicht allein auf Bundesebene gestaltet werden. Kommunale, regionale und nationale Akteure müssen zusammenwirken. Für wirksame Veränderungen der Lebenslagen junger Menschen müssen insbesondere die regionalen und lokalen Rahmenbedingungen auf den Prüfstand gestellt werden. Aber auch eine rein nationalstaatliche Ausrichtung der Eigenständigen Jugendpoli-



tik bietet keine zukunftsfähigen Lösungen. Die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa und europäische Fachdebatten bereichern die nationale Politik und Praxis, und die Eigenständige Jugendpolitik kann einen Beitrag für die Entwicklung einer europäischen Jugendpolitik leisten, mit der die Bedingungen für das gelingende Aufwachsen junger Menschen gemeinsam und solidarisch gestaltet werden.

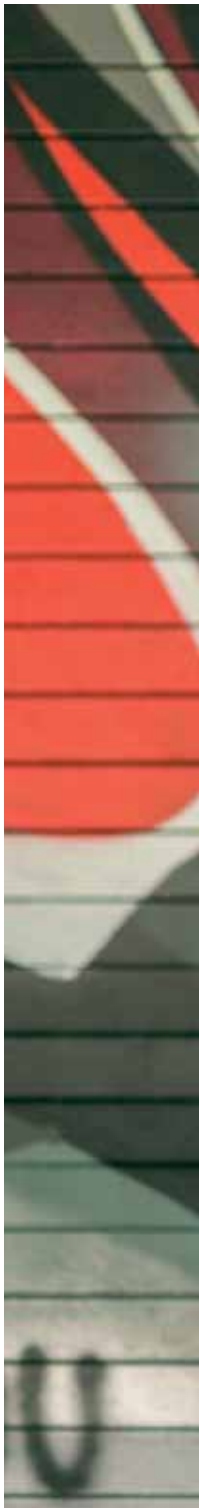
Alle Formen von Kooperation, Vernetzung und Austausch erübrigen nicht die jeweils spezifischen Zuständigkeiten von Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union.

Die Jugendstrategie ist bereits jetzt eine Plattform für vielfältige Akteure aus Politik, Wissenschaft und Fachpraxis. Dieses Netzwerk soll fortlaufend verstärkt und ausgebaut werden. Es ist erklärtes Ziel, über die bisherigen Gestaltungspartner hinaus ein breites Bündnis aus Staat und Zivilgesellschaft zu etablieren, in der alle gesellschaftlichen Akteure mitwirken, die Einfluss haben auf die Lebenslagen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Angesprochen sind Interessenvertretungen der Jugend, alle Politikfelder, Jugendhilfe, Wohlfahrtspflege und Schule/Hochschule, aber auch Religionsgemeinschaften, Wirtschaft/Arbeitswelt, Medien, Wissenschaft, Kultur und Sport ebenso wie Fachorganisationen, Verbände, Parteien und Gewerkschaften. Im Sinne eines effektiven Zusammenwirkens bietet die Jugendstrategie auch Raum für themenspezifische strategische Bündnisse einzelner Partner.

### Anlass und Beispiel

Die Jugendstrategie orientiert sich an zentralen Zielen und an Handlungsfeldern (**Kapitel II**). Diese stehen nicht unverbindlich im Raum, sondern sind Ergebnis eines umfassenden, bundesweiten Dialogprozesses mit zahlreichen Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Fachpraxis.<sup>29</sup> Sie sind jedoch nicht als „Abhakliste“ zu verstehen, sondern bieten einen kompakten Überblick über jugendpolitische Handlungsbedarfe und geben Anlass, sie auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen weiter zu konkretisieren und mit Leben zu füllen.

Unter dem Dach der Jugendstrategie geschieht dies zum Beispiel im bundesweiten Prozess „Jugendgerechte Kommunen“, an dem sich 16 Referenzkommunen beteiligen, die strukturell und jugendpolitisch sehr unterschiedlich aufgestellt sind (**Kapitel V**). Dadurch bieten sich für zahlreiche andere ländliche Gemeinden und Landkreise ebenso wie für Mittel- und Großstädte viele Referenzpunkte, um die gemachten Erfahrungen auch für die eigene Arbeit zu nutzen. Bezüge liefern auch die vier Modelllandkreise,





mit denen die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ an der Schnittstelle zwischen Jugendstrategie und Demografiestrategie der Bundesregierung zusammengearbeitet hat (**Kapitel V**). Darüber hinaus werden gelungene Beispiele und hilfreiche Instrumente in der digitalen Werkzeugbox „Jugend gerecht werden“ aufbereitet (**Kapitel V**).

## Lobby für Jugend

Unter dem Dach der Jugendstrategie wirkt eine Interessengemeinschaft für eine jugendgerechte Gesellschaft zusammen. Die Jugendstrategie thematisiert zum Beispiel die Herausforderungen, der sich unsere Gesellschaft stellen muss, die zwar älter wird, aber zukunftsfähig sein möchte. Es gehört zu den Grundsätzen Eigenständiger Jugendpolitik, die Potenziale und Chancen, die Gesellschaft und Demokratie mit Jugend erhalten, sichtbar zu machen und kontinuierlich im Bewusstsein zu halten. Die Jugendstrategie bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen immer wieder Foren für ihre Ideen, Vorschläge und Forderungen, die sie wirksam einbringen. Gleichzeitig macht sie damit den Gestaltungswillen und die wertvollen Beiträge der jungen Menschen sichtbar und räumt Vorurteile aus.

Die Jugendstrategie soll auch dazu beitragen, dass Jugendpolitik hoch gewichtet wird und dass wirksam Einfluss genommen wird auf gesellschaftliche Kräfte und Prozesse, deren Tun (und auch Lassen) sich auf die Lebenslagen von jungen Menschen auswirkt. Die Jugendstrategie wirbt dafür, die „Jugend-Brille“ aufzusetzen, etwa wenn es um Verkehrs-, Arbeitsmarkt- oder Rentenpolitik geht. Der Jugend-Check soll entsprechend Prüfkriterien im Sinne von Jugendgerechtigkeit an Gesetzesentwürfe anlegen (**Kapitel V**).

Zur Jugendstrategie gehören auch Unterstützung und Argumentationshilfen für diejenigen, die sich für Jugendliche einsetzen. Damit ist sie auch Lobby für die Jugendlobby. Darüber hinaus geht es darum, maximale öffentliche Aufmerksamkeit für die Lebenslagen, die Interessen und Bedürfnisse der Jugend zu erregen und so ihre politisch und gesellschaftlich wahrgenommene Relevanz zu erhöhen.

## Transparenz und Öffentlichkeit

Die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ fördert eine öffentliche Debatte über die Lebenslagen und Lebenswelten der Jugend und über Anforderungen an eine jugendgerechte Gesellschaft.

Ziele, Grundsätze und Aktivitäten werden transparent kommuniziert, ob auf Fachveranstaltungen oder im Internet, über Publikationen oder Pressearbeit, über Aktionen im öffentlichen Raum oder Beiträge in Fachgremien. Darüber hinaus stehen das Bundesjugendministerium und die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ stets bereit für Information, Austausch und Diskussion.









## HANDLUNGSFELDER DER JUGENDSTRATEGIE

Die Jugendstrategie hat vier große Handlungsfelder. Diese systematisieren die zentralen Handlungsbedarfe auf dem Weg zu einer jugendgerechten Gesellschaft. Diese Handlungsfelder entsprechen einer idealtypischen Darstellung, in der Praxis sind die Übergänge fließend:

- Politik für, mit und von Jugend: wirkungsvolle Jugendbeteiligung,
- Zwischen Anforderungen und Bedürfnissen: Zeiten und (Frei-)Räume,
- Zukunftspolitik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen: gesellschaftliche Perspektiven und soziale Teilhabe,
- Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen.

### Politik für, mit und von Jugend: wirkungsvolle Jugendbeteiligung

Jugendpolitik ist Politik im Interesse von Jugendlichen. Es ist deshalb selbstverständlich, dass sie sich für die stärkere Mitsprache, Mitbestimmung und Selbstbestimmung junger Menschen in allen sie betreffenden Belangen einsetzt. Gute Jugendbeteiligung schafft die Möglichkeit für einen Austausch zwischen den Generationen, sie bringt lösungsorientierte Ideen hervor, stärkt persönliche sowie demokratische Kompetenzen junger Menschen und führt zu innovativer und passgenauer politischer Planung und Entscheidung. Die wirksame Beteiligung junger Menschen und ihrer Interessenvertretungen muss als wesentliches, strukturell verankertes Element einer lebendigen Demokratie anerkannt und gestärkt werden. Dies schließt ausdrücklich neben politischen und administrativen Vorgängen auch zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Gestaltungsprozesse ein. Die kommunale Ebene ist dabei von besonderer Relevanz, weil sie den Lebenswelten der jungen Menschen am nächsten ist.

„Wir wollen selbst Verantwortung übernehmen.“<sup>30</sup>

## Prinzipielle Anforderungen an Jugendbeteiligung

Unsere Gesellschaft und unsere Demokratie brauchen ernstgemeinte, nachhaltige Jugendbeteiligung. Kernanforderung an alle Akteure, die sich mit jugendrelevanten Themen beschäftigen, muss deshalb die wirkungsvolle Einbeziehung der Sichtweisen, Interessen und Anliegen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sein. Dafür braucht es geeignete Verfahren und jugendgerechte Strukturen wie Selbstorganisationen und Zusammenschlüsse junger Menschen. Besonders wirksam sind Beteiligungsstrukturen, die von Jugendlichen (mit)konzipiert werden.

„Jungen Menschen sollte mehr zugetraut und sie sollten ernst genommen und gefordert werden.“<sup>31</sup>

„Wir sind bereit, uns auch an der Umsetzung unserer Ideen zu beteiligen.“<sup>32</sup>

Wenn es um wirksame Jugendbeteiligung geht, müssen mehrere Handlungsbedarfe benannt werden: Erstens haben Jugendliche weniger Partizipationsrechte als Erwachsene; daraus folgt, dass einschränkende Regelungen überprüft werden müssen. Zweitens müssen Jugendliche und junge Erwachsene auf passende Weise zur Beteiligung gewonnen und motiviert werden; sie brauchen dazu Zeit und Unterstützung sowie verbindliche Möglichkeiten zur tatsächlichen Mitwirkung. Und drittens haben junge Menschen andere Ausdrucksformen als Ältere; das heißt, sie brauchen jugendgemäße Angebote und Formate.



## Formen von Jugendbeteiligung

Es gibt grundsätzlich drei Formen von Jugendbeteiligung: die Beteiligung junger Menschen ohne Einfluss auf Entscheidungen (etwa in Form von Jugendkonsultationen), die Beteiligung junger Menschen mit Mitbestimmungsmöglichkeiten (etwa Teilentscheidungen zu jugendpolitischen Themen) sowie die Übergabe von Verantwortung an die junge Generation (Jugendliche entscheiden selbstständig und eigenmächtig). Diese abstrahierende Einteilung ist hilfreich zur Systematisierung der vielfältigen Beteiligungsformen, die je nach Gestaltungs- und Entscheidungsprozess so eingesetzt werden sollten, dass bestmöglich Mitsprache, Mitbestimmung

beziehungsweise Selbstbestimmung erzielt werden. Darüber hinaus sollte immer auch die Selbstpositionierung und Verselbstständigung der beteiligten Jugendlichen gefördert werden (**Kapitel I**).



„Jugendgerechtigkeit bedeutet für mich nicht nur, dass Jugendliche genauso ihre Ideen einbringen können wie Erwachsene, sondern auch dass alle Jugendlichen, egal in welche Schule sie gehen oder wie viel Geld ihre Eltern haben, die Möglichkeit bekommen, ihre Ansichten über ihre Stadt einzubringen und zwar so, dass sie gehört und im besten Fall bearbeitet werden.“<sup>33</sup>

Das Credo der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ lautet: Eine Politik für, mit und von Jugend! Das Bundesjugendministerium macht Politik für Jugend, gestaltet Politik gemeinsam mit Jugend und ist offen für eine Politik von Jugend. Mit ernstnehmender und wirksamer Jugendbeteiligung soll die Jugendstrategie dem Glaubwürdigkeitsproblem beikommen, das Jugendbeteiligung immer dann hat, wenn Jugendliche zwar ihre Meinung sagen dürfen, aber nichts zu entscheiden haben.

## Jugendbeteiligung in Europa

Auf europäischer Ebene ist das Thema Partizipation seit Beginn der jugendpolitischen Zusammenarbeit 2001/2002 ein wichtiges Anliegen. In der Debatte liegt der Fokus auf der „verstärkten Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa“. Dies ist mit gleichem Wortlaut im Vertrag von Lissabon festgehalten.<sup>34</sup> Vor dem Hintergrund der seit einigen Jahren andauernden Legitimationskrise der EU und sinkender Zustimmung zum politisch-institutionellen Europa geht es verstärkt um die Entwicklung einer bewussten europäischen Bürgerschaft und einer europäischen Identität sowie um Möglichkeiten einer verstärkten Jugendbeteiligung an der Gestaltung Europas. Ein Schwerpunkt bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland wird auf die Ansprache aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelegt (**Kapitel V**).

„Eine jugendgerechte Gesellschaft darf keine Grenzen kennen. Es ist an uns, rauszugehen und für Annäherung, Integration und Solidarität zu kämpfen!“<sup>35</sup>



## Zwischen Anforderungen und Bedürfnissen: Zeiten und (Frei-)Räume

Jugendpolitik muss die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Jugendliche den Raum und die Zeit haben, um ihre Persönlichkeit entwickeln zu können und um „die Gesellschaft durch Experimentieren in dafür geeigneten, geschützten Räumen immer wieder zu erneuern.“<sup>36</sup>

Hinter der Forderung nach mehr Freiräumen stehen Phänomene wie Verdichtung und Beschleunigung des Alltagslebens, Selbstoptimierungszwänge und Mithal- tedruck. Im Jugend- und jungen Erwachsenenalter – hier kommen die Trends zu Institutionalisation und „Scholarisierung“ sowie Entscheidungszwänge bei einer unübersichtlichen Optionenvielfalt hinzu – wird ein Mangel an Freiräumen in

besonderer Weise erlebt. Das Jugendalter darf jedoch nicht nur als Qualifizierungszeit betrachtet werden, sondern sollte auch als Lebensphase der Selbstpositionierung und Ver- selbstständigung und damit auch „als Zeit der Umwege und Nicht-Linearitäten, der Sprünge und Neuanfänge“<sup>38</sup> aner- kannt werden. Diese Sichtweise auf Jugend zu stärken, sollte ein starkes Interesse im Kontext einer ressortübergreifen- den Jugendpolitik sein. Konkreten Handlungsbedarf gibt es in verschiedenen Bereichen, etwa bei Bildung, Stadtplanung und Netzpolitik.

### Freie Zeit

Junge Menschen sollen heute in kürzerer Zeit mehr lernen und komplexe Herausforderungen bei unsicheren Rah- menbedingungen bewältigen. Vielfältige Anforderungen (zum Beispiel geänderter Schulalltag, Globalisierung, neue Medien) machen ein selbstbestimmtes Zeitmanagement zunehmend schwierig, frei verfügbare Zeitkontingente sind knapp.

Jugendliche und junge Erwachsene benötigen jedoch freie Zeit, um sich zu entfalten und um sich ihre Umge- bung anzueignen und sie mitzugestalten. Mit dem Begriff „Freiräume“ sind für Jugendliche und junge Erwachsene entsprechend vor allem Fragen der Zeitsouveränität, der Institutionalisation ihres Alltags (vor allem durch Bil- dungseinrichtungen) und der Verdichtung von Bildungs- prozessen verbunden. Der 15. Kinder- und Jugendbericht fordert zur institutionellen Selbstbefragung und Selbst- beschränkung auf: „Das heißt, nicht jede freie (vor allem zeitliche) Kapazität zu füllen, nicht immer weiter Optimie-

**„Ich brauche persönlich für eine freie Gestaltung meines Lebens: Freiheit. Und Freiheit bedeutet für mich auch Mittel zur Verfügung haben (...) auch Grenzen, die durchaus von Erwachsenen gesetzt werden dürfen. Aber dazu gehört auch, Grenzen, die von Erwachsenen gesetzt wurden, zu überprüfen.“<sup>37</sup>**



rung zu verfolgen und zu fordern, nicht jede Veranstaltung, jedes Angebot und jede Struktur nach ihrem Zweck und ihrem Beitrag zu Zielen (...) zu bewerten und auszurichten.“<sup>39</sup>

### Eigene Räume

Aber nicht nur das Zugeständnis von Zeiträumen, sondern auch die Gewährung von physischen und sozialen Räumen steht im Zentrum der Frage, wie und wo Jugendliche ihre Umgebung selbst gestalten können. Die Förderung lebendiger Jugendkulturen und eigener Räume ist ein zentrales Merkmal jugendgerechter Lebenswelten.

„Die Arbeitswoche für Schülerinnen und Schüler soll kürzer sein! Wir fordern weniger Hausaufgaben und damit mehr Zeit für Freizeit oder ehrenamtliches Engagement.“<sup>40</sup>





Die Jugendarbeit bietet vielfältige, offene und partizipative Angebote und Räume für die Entwicklung von selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten und soll gestärkt werden. Die Jugendarbeit eröffnet Freiräume, wenn es ihr gelingt, „Jugendlichen Handlungs-, Erfahrungs- und Entscheidungsräume zur Verfügung zu stellen, die möglichst weitgehend eigene Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen.“<sup>41</sup> Jugendarbeit ist ein großes nicht formales und informelles Lernfeld und stellt ein wichtiges Element für die Gestaltung der eigenständigen Lebensphase Jugend dar.

In der Europäischen Union wird, ausgehend von den zentralen Zielen von Europa 2020 zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes, das Aufwachsen junger Menschen stark unter dem Fokus von Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit betrachtet. Demgegenüber spielen Zeiten und Räume für die freie und selbstbe-

stimmte Persönlichkeitsentwicklung, wie sie zum Beispiel Jugendarbeit anbietet, eine untergeordnete Rolle. Auf der europäischen Ebene soll darum die deutsche Diskussion um die Bedeutung von Freiräumen und lebendigen Jugendkulturen in den europäischen Diskurs um die Weiterentwicklung von „Youth Work“ eingebracht werden.

### Digitale Räume

Jugendliche leben in Offline- und Online-Räumen. Die Jugendstrategie wirbt für die gesellschaftliche Anerkennung der digitalen Welt als ein Teil der jugendlichen Lebenswelt, die von großer Bedeutung für die Bewältigung der Herausforderungen des Jugendalters ist. Netzpolitische Debatten sollten entsprechend stärker berücksichtigen, was junge Menschen im Internet tun beziehungsweise wie sie es nutzen, wo ihnen Zugänge verwehrt bleiben, worin sie unterstützt werden können und welche Rahmenbedingungen für eine sichere und aufgeklärte Nutzung des Internets nötig sind.

In Zeiten von Internetkultur und Digitalisierung werden die Vermittlung und der Erwerb von Medienkompetenz immer wichtiger. Vermittler und Zielgruppe sind hier gleichermaßen junge Menschen und (sozial-)pädagogische Fachkräfte. Zugleich gilt es, neben dem Jugendschutz die (Persönlichkeits-)Rechte junger Nutzerinnen und Nutzer digitaler Medienangebote zu stärken, zum Beispiel durch einen jugendgerechten Datenschutz und den Kampf gegen (sexualisierte) Gewalt, Hass und Mobbing im Netz.

„Freies WLAN für alle!“<sup>42</sup>

„Wir wollen eine Medienpolitik und -pädagogik, die junge Menschen befähigt, sich frei, eigenwirksam und ohne Gefährdung in allen Medien zu bewegen, anstatt sie durch Verbote und Kontrolle einzuengen.“<sup>43</sup>



## Zukunftspolitik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen: gesellschaftliche Perspektiven und soziale Teilhabe

Jugend ist eine prägende Lebensphase. In diesem Lebensabschnitt gehen junge Menschen wichtige Schritte in Richtung Selbstständigkeit; sie entwickeln eine eigene Identität und ein moralisches Bewusstsein; sie suchen nach einem Platz in der Gesellschaft und sehen sich mit einer Vielfalt an Lern- und Bildungserwartungen konfrontiert. Jugendliche und junge Erwachsene machen in dieser Altersphase wichtige Erfahrungen, erproben unterschiedliche Lebensentwürfe und stellen Weichen für ihre Zukunft. Diesen Herausforderungen müssen sich alle jungen Menschen stellen, auch wenn die individuellen Ausgangslagen und Bedingungen sehr unterschiedlich sind. Eigenständige Jugendpolitik steht für das Bemühen, allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen attraktive gesellschaftliche Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen.

### Faire Chancen

„Ich möchte, dass jeder die Chance hat, einen Beruf auszuüben, auch wenn er ein bisschen länger braucht, als jemand der das vielleicht ein bisschen schneller in den Kopf kriegt.“<sup>44</sup>

Alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben ein Recht auf faire Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft. Besondere Unterstützung brauchen junge Menschen, die den Anforderungen nicht gewachsen sind und/oder die unter erschwerten Bedingungen leben. Jugendpolitik muss vorbeugend und ausgleichend wirken, um allen Jugendlichen faire Chancen zu ermöglichen, indem sie Angebote der Begleitung, Förderung und Unterstützung bereithält.

Chancengleichheit erfordert sowohl gleiche Startchancen als auch die Überwindung von Nachteilen und die Förderung von Potenzialen. Benachteiligte junge Menschen sind oft multiplen Problemlagen ausgesetzt, für die unterschiedliche Akteure zuständig sind. Für eine wirksame Unterstützung müssen deshalb verschiedene Angebote integriert und aufeinander abgestimmt werden, und Schnittstellen müssen sinnvoll gestaltet werden.



„Bei der Vielzahl von Möglichkeiten habe ich das Gefühl, dass man doch oft alleine gelassen wird.“<sup>45</sup>

Es geht darum, Jugendliche und junge Erwachsene bei ihrer Suche nach Orientierung und bei der Erprobung von Lebensentwürfen zu unterstützen und zu begleiten. Optionen auszuprobieren gehört ebenso dazu wie Brüche und Umwege.

## Kompetenzen und Perspektiven durch Bildung

Bildung ist ein wichtiger Teil der Lebensphase Jugend. Jugendliche und junge Erwachsene bereiten sich damit auf ihre Zukunft vor und stellen Weichen. Die Lern- und Bildungsorte und -prozesse sind vielfältig und werden in formale, non-formale und informelle unterteilt.<sup>46</sup> In Bildungseinrichtungen verbringen junge Menschen einen großen Teil ihres Alltags, insbesondere in Schulen und Ausbildungseinrichtungen. Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich jedoch nicht nur formalen Bildungsanforderungen stellen, sondern auch persönliche Entwicklungsaufgaben



**„Bildung ist mehr als Schule!  
Wir brauchen Anerkennung und  
Wertschätzung und bewertungs-  
freie Räume!“<sup>47</sup>**

meistern; Wissens- und Kompetenzerwerb müssen in einem guten Verhältnis zueinander stehen. Die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ vertritt einen weiten Bildungsbegriff, der Prozesse und Orte der formalen Bildung ebenso einschließt wie non-formale und informelle Bildung, etwa in der Jugendarbeit. Die Herausforderung besteht darin, die verschiedenen Bildungsprozesse als gleichermaßen bedeutsame, sich gegenseitig bedingende Prozesse anzuerkennen, die gesellschaftlich ermöglicht werden müssen. Dazu gehören notwendige Freiräume, aber etwa auch jugendgerechte Angebote und Mitgestaltungsmöglichkeiten in Schulen, die sich gleichermaßen als Lern- und Lebensorte verstehen.

Starke Impulse zur Anerkennung und Sichtbarmachung non-formalen Lernens liefert seit Jahren die europäische Diskussion. Sie zielt stark auf die Anerkennung von außerschulischer Bildung im Kontext der Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt.

### Erfolgreiche Übergänge

Trotz einer zunehmenden Vielfalt an Lebenswelten stehen alle Jugendlichen vor vergleichbaren Entwicklungsaufgaben (zum Beispiel Erwerb von Autonomie und Entwicklung eines eigenen Werte- und Normensystems) und strukturellen Übergängen (zum Beispiel Schulwechsel und Ausbildungseinstieg). Eine erfolgreiche Bewältigung dieser Übergänge ist wesentlich für ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben.

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Konturen der Lebensphase Jugend stark verändert, was zum Teil auch erhebliche Auswirkungen auf die Gestaltung von Übergängen nach sich zieht. Deshalb, aber auch vor dem Hintergrund einer Vielzahl neuer Entfaltungsmöglichkeiten bei gleichzeitig zunehmender Verunsicherung, ist die Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt ein zentrales jugendpolitisches Themenfeld. Die Rahmenbedingungen, in denen Jugendliche und junge Erwachsene ihre Biografien gestalten, müssen gemeinsam mit jungen Menschen und (sozial) pädagogischen Fachkräften sowie in Zusammenarbeit mit Ausbildungsträgern und Arbeitgebern verbessert werden.



Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland (**Kapitel V**) bietet Impulse für die Angebote der Jugendsozialarbeit an den Übergängen Schule-Ausbildung-Beruf. Dabei geht es in erster Linie darum, die Möglichkeiten für internationale Mobilität als neues Lernfeld für sozial benachteiligte oder individuell beeinträchtigte Jugendliche sowie für Fachkräfte zu verbessern. Europäische Erfahrungen sowie europäischer Austausch bieten jungen Menschen viele Möglichkeiten für den

Erwerb wichtiger Schlüsselkompetenzen. Die soziale Integration und Übergänge in Arbeit für junge – insbesondere benachteiligte – Menschen stellen für die EU und viele Mitgliedsländer einen politischen Schwerpunkt dar.

## Vielfalt und Wertschätzung

„Die“ Jugend gibt es nicht. Nur durch Anerkennung ihrer Vielfalt, durch Akzeptanz und Vertrauen wird die junge Generation angemessen wertgeschätzt. Das Konzept der Inklusion weist dafür Wege und meint eine Öffnung der Gesellschaft für alle (Jugendlichen und jungen Erwachsenen) in ihrer Individualität, statt eine Anpassung derjenigen



„Jetzt gerade in der Flüchtlingspolitik liegt es mir am Herzen, dass junge Menschen trotzdem nicht Angst haben, dass neue Mitbürger bei uns im Land ankommen, sondern dass sie es eher als Chance sehen, dass man da auch viele Projekte gemeinsam umsetzen kann und dass man die Vielfalt erkennt.“<sup>48</sup>

zu fordern, die scheinbar „nicht dazu passen“. Jeder Mensch ist in einer inklusiven Gesellschaft willkommen und findet seinen Platz. Intoleranz gegenüber vielfältigen Lebensstilen und Eigenschaften basiert auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit. Diese (auch bei jungen Menschen selbst) zu verhindern beziehungsweise auszuräumen und heterogene Lebenswelten und -entwürfe und damit eine selbstbewusste, vielfältige und tolerante Jugend zu fördern, sind wichtige politische Ziele.

## Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen

„Wir brauchen Anerkennung und Akzeptanz!“<sup>49</sup>

Das Reden über Jugend, über ihre Einstellungen und Verhaltensweisen, ihre Stile und Probleme dient häufig dem Zweck des „verallgemeinernden Redens“ über eine ganze Generation. Es drückt ein gesellschaftliches Bedürfnis nach Herstellung von vermeintlicher Klarheit und Eindeutigkeit aus und ist seit jeher mit gewissen, auch ambivalenten, Bildern verknüpft. Dem Bild „der Jugend von heute“ liegen oftmals Pauschalisierungen unter anderem in der Politik, der Wissenschaft und in den Medien zugrunde, entsprechende Etikettierungen haben eine lange Tradition. In den produzierten Bildern sind Jugendliche nicht selten diejenigen, die Probleme haben oder die Probleme machen. An die Seite solcher Klischees ist in jüngster Zeit das Bild einer pragmatischen, konformistischen, fast schon überangepassten Jugend gerückt. Die Jugendstrategie ist dem Ziel verpflichtet, ein realistisches und wertschätzendes Bild der Jugend in ihrer Vielfalt zu fördern.

„Es gibt ja diese ganzen Artikel über Generation Z: Man würde gerne etwas Cooles machen, jeder denkt, er wäre einzigartig und man versucht auch irgendwie einzigartig zu bleiben. Aber das Problem ist, das man oft nicht weiß, wo man so richtig hingehört.“<sup>50</sup>



## Realistische Jugendbilder

Pauschalisierende Jugendbilder vernachlässigen die tatsächliche Vielfalt von jugendlichen Wirklichkeiten. Unterschiedliche Jugendkulturen machen diese Vielfalt eindrucksvoll deutlich. Die „Jugendgesellschaft“ ist mindestens so komplex und heterogen wie die der Älteren.

Ältere haben Vorstellungen von Jugend und selbst Erfahrungen damit, jung zu sein. Sie bewerten die Jugend im Vergleich mit ihren eigenen individuellen Erinnerungen. Daneben haben sie in ihrem persönlichen Umfeld häufig unmittelbaren Umgang mit Jugendlichen – mit Verwandten, eigenen Kindern oder Kindeskindern. Aus diesem privaten Erfahrungsraum, korrespondierend mit öffentlich verbreiteten Jugendbildern, entwickeln sie Annahmen darüber, wie „die Jugend von heute“ ist beziehungsweise sein sollte. Die entsprechenden Bewertungen und Schlussfolgerungen können positiv wie auch negativ ausfallen. Sie können, verbunden mit einer oft selektiven Wahrnehmung jugendlichen Auftretens und

Verhaltens, lediglich ein Abbild einer Teil-Realität erzeugen, das der komplexen Wirklichkeit junger Menschen nicht entspricht. Eine solchermaßen unvollständige Wahrnehmung kann zu Fehleinschätzungen oder auch nicht erfüllbaren Erwartungen an die junge Generation führen.

### Verantwortung von Medien und Politik

Junge Menschen sind bereits jetzt – abgesehen von den sozialen Medien – medial und politisch unterrepräsentiert. Der demografische Wandel wird das noch verstärken, wenn nicht gegengesteuert wird. Im Sinne einer wirkungsvollen Jugendbeteiligung, die Jugendliche wertschätzt und ernst nimmt, müssen Jugendliche in Diskurse über Jugend einbezogen werden.

Produzenten von Jugendbildern wie Medien und Politik kommt eine besondere Verantwortung zu. Medien können wichtige Unterstützer sein, wenn es um eine realitätsnahe Darstellung der Lebenswelten, der Herausforderungen und Leistungen junger Menschen geht. Selbstverständlich ist auch die Politik gefordert, sich der Vielfalt jugendlicher Lebenslagen bewusst zu werden und selbst mit realistischen Bildern von Jugendlichen zu arbeiten – nicht zuletzt, weil sie die Lebenslagen Jugendlicher mit ihren Entscheidungen maßgeblich beeinflusst.

**„Die Medien zeichnen kein realistisches Bild von uns, was eher zu Vorurteilen führt. Es sollte auch aus der Perspektive von jungen Menschen gesprochen werden.“<sup>51</sup>**









## PERSPEKTIVEN DER JUGENDSTRATEGIE

Als Perspektiven der Jugendstrategie werden im Folgenden Handlungsbedarfe aufgezeigt, die zum Teil an bereits bestehende Schwerpunkte und Aktivitäten anknüpfen. Sie liefern Anregungen für eine ressortübergreifende Jugendstrategie und sind gleichzeitig zu verstehen als Antworten des Bundesjugendministeriums auf den 15. Kinder- und Jugendbericht, der sich ausdrücklich für eine neue Jugendorientierung in Politik und Gesellschaft ausspricht. Erste Schritte auf dem Weg zu einer Jugendpolitik in gemeinsamer Verantwortung werden bereits gemacht. An diese Erfahrungen kann eine gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung in enger Zusammenarbeit der Bundesministerien gut anknüpfen.

### **Kennen und unterstützen: Politik für junge Erwachsene** Zielgruppen identifizieren, prekäre Arbeitsverhältnisse bekämpfen

Eine ressortübergreifende Jugendpolitik muss das Spannungsfeld und die Wechselwirkungen zwischen Bildungs- und beruflichen Übergängen und der persönlichen Entwicklung junger Erwachsener verstehen, um den damit verbundenen vielfältigen Bedürfnissen (zum Beispiel in Wohnungs-, Familien-, Hochschul- und Arbeitsmarktpolitik) begegnen zu können.

Zahlreiche Übergänge des Jugendalters sind jenseits von Altersgrenzen zu bewältigen, die oft fälschlicherweise als fix angenommen werden: So ist das Durchschnittsalter beim Eintritt in eine voll qualifizierende Ausbildung seit den 1990er Jahren kontinuierlich angestiegen und lag 2014 bei 19,7 Jahren.<sup>53</sup> Studienanfängerinnen und Studienanfänger waren 2016 durchschnittlich 18,8 Jahre alt.<sup>54</sup> Den universitären Abschluss erlangten junge Erwachsene im Prüfungsjahr 2015 im Schnitt mit 26,5 Jahren.<sup>55</sup>

**„Es wird von mir verlangt, dass ich Praktika mache. Es wird von mir verlangt, dass ich für wenig Geld arbeiten gehe, obwohl ich doch jetzt irgendwie fünf, sechs Jahre studiert habe. Wenn ich dann einen Job bekomme, dann ist der auf ein Jahr befristet, so dass man nicht planen kann. Da muss die Politik dran arbeiten, dass jungen Menschen endlich wieder eine anständige Perspektive gegeben wird.“<sup>52</sup>**

Darüber hinaus haben verschiedene Gruppen junger Erwachsener spezifische Bedarfe – zum Beispiel Geflüchtete, LSBTTIQ<sup>56</sup>, Care Leaver<sup>57</sup> und junge Erwachsene mit Behinderungen.

Ein weiteres wichtiges Thema für die Jugendstrategie sind die schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler junger Erwachsener. Junge Erwachsene befinden sich überdurchschnittlich oft in problematischen Arbeitsverhältnissen, während sie sich gleichzeitig orientieren und persönliche Veränderungen meistern müssen. Dies ist nicht selten mit Risiken verbunden: Junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren sind in Deutschland besonders armutsgefährdet.<sup>58</sup> Zudem sind junge Erwachsene beim Einstieg ins Berufsleben häufig gezwungen, atypische Beschäftigungsformen (etwa Kettenpraktika oder zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse) einzugehen, statt von einer abgeschlossenen Ausbildung in eine sozialversicherungspflichtige, stabile Vollzeitbeschäftigung überzugehen. Das steht einer optimistischen Zukunftsperspektive und Lebensplanung im Weg, und die Wahrscheinlichkeit einer finanziell unsicheren und instabilen beruflichen Karriere, verbunden mit Armut im Lebensverlauf, steigt.

Die im europäischen Vergleich geringe Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen in Deutschland (6,5 Prozent in 2016)<sup>59</sup> kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass gut



20 Prozent der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen in Deutschland von Übergangsarbeitslosigkeit betroffen sind, mit Unterschieden nach Region, Herkunft und erlerntem Beruf.<sup>60</sup> Auch Hochschulabsolventinnen und -absolventen haben Platzierungsschwierigkeiten. Prekäre Arbeitsverhältnisse dürfen nicht zur akzeptierten Norm für junge Erwachsene werden. Eigenständige Jugendpolitik braucht deshalb auch eine arbeitsmarktpolitische Dimension mit dem Ziel, faire Bedingungen in der Ausbildung und am Arbeitsmarkt für junge Erwachsene zu schaffen.

## Mitdenken und vorausschauen: Familienpolitik für die Jugend

Jugendliche und ihre Familien unterstützen, Erwartungen und Wünsche kennen

Familien sind überall dort, wo Menschen verschiedener Generationen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, füreinander einstehen und gegenseitige Fürsorge leisten. Das schließt verheiratete und unverheiratete Paare mit Kindern ebenso ein wie Alleinerziehende, Stief- und Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien sowie Familien, in denen man sich um pflege- und hilfsbedürftige Angehörige kümmert. Den meisten jungen Menschen ist ihre Herkunftsfamilie nach wie vor

sehr wichtig, und sie fühlen sich auf ihrem Weg in die individuelle Unabhängigkeit gut begleitet und aufgehoben.

Moderne Familienpolitik strebt nach verlässlichen Rahmenbedingungen in den Bereichen Zeit, Infrastruktur und Geld für Familien. Familienleistungen konzentrieren sich insbesondere auf junge Familien mit kleinen Kindern. Jedoch müssen auch die Bedürfnisse von jugendlichen Kindern und ihren Familien eine handlungsleitende Größe für Familienpolitik sein. Dabei geht es zwar in der Regel nicht um Betreuungsbedarfe, aber auch ältere Kinder brauchen und suchen die Gegenwart und Unterstützung ihrer Familien.

Jugendliche und junge Erwachsene sind Teil von Familien, sie haben aber auch Vorstellungen davon, ob und wie sie (später) in Partnerschaften und mit eigener Familie leben wollen.<sup>62</sup> Sie wünschen sich die Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Freizeit. Karriereorientierung steht dahinter immer mehr zurück. Für die meisten ist es wichtig, dass sie ihre Arbeitszeit kurzfristig an ihre Bedürfnisse anpassen können. Sie vertreten die Auffassung, dass Familie und Kinder gegenüber der Arbeit nicht zu kurz kommen dürfen

„Mehr Zeit für Familien!“<sup>61</sup>



und wünschen sich flexible Arbeitszeitmodelle. Die Bedürfnisse von Beschäftigten und Familien haben sich geändert, insbesondere mit Blick auf das Selbstverständnis junger Männer und Frauen, das auf eine faire Aufteilung der Aufgaben in Familien- und Berufsleben abzielt. Familienfreundliche Arbeitskulturen und -bedingungen sind wichtig für Arbeitgeber, um junge Menschen an sich zu binden. Jugendliche und junge Erwachsene wollen beides: einen sicheren, erfüllenden Beruf und Zeit für die Familie.

Eine Jugendpolitik in gemeinsamer Verantwortung sollte die Bedürfnisse und Erwartungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch in ihren familienpolitischen Konzepten noch stärker berücksichtigen.

### **Anerkennen und verankern: Politische Jugendbeteiligung**

Engagement wertschätzen, Stimme der Jugend in der parlamentarischen Demokratie stärken, Beteiligungskultur etablieren, Gestaltungsmacht abgeben

**„Bei mir läuft vieles über Empörung. Das zieht mich sofort zur Politik, weil ich gerne eine Gegenstimme bieten möchte.“<sup>63</sup>**

Zumeist wird das politische Handeln Jugendlicher und junger Erwachsener an den etablierten Erwartungen an Politik und Beteiligung (vor allem Wahlbeteiligung sowie Mitgliedschaft in Parteien) gemessen – mit dem Ergebnis, Jugendlichen ein ausgeprägtes politisches Desinteresse zu attestieren. Oft wird dabei zweierlei übersehen: dass junge Menschen nur über eingeschränkte Mitbestimmungsrechte und Gestaltungsräume verfügen und dass sich sehr viele von ihnen durchaus für Politik interessieren, mit der Demokratie zufrieden sind, sich ehrenamtlich engagieren und ein breites Spektrum von Formen öffentlicher Meinungsäußerung und politischer Beteiligung nutzen. Dazu gehören soziale Bewegungen und Protestgruppen ebenso wie etwa Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Warenboykotte, mediale Proteste über Blogs, Videos und Forenbeiträge, aber auch Petitionen und Flashmobs. Jugendliche tendieren zu kurzfristigem Engagement für konkrete, lebensweltbezogene Themen.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht widerspricht der Einschätzung, die junge Generation sei „politikverdrossen“, bestätigt aber ein anhaltend niedriges Vertrauen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Parlamente und Parteien. Der Jugendbericht wirft die Frage auf, inwiefern die Interessen von Jugendlichen durch Parteien, Gewerkschaften und ihre



Jugendorganisationen vertreten werden und wie lebensweltbezogen diese für junge Menschen sind. Diese Frage ist berechtigt, und hier besteht gemeinsamer Handlungsbedarf für die Politik und alle demokratischen Institutionen. Durch die nachlassende Beteiligung junger Menschen an etablierten, demokratischen Entscheidungsstrukturen drohen ein Wirkungsverlust für die junge Generation und ein Legitimationsverlust für die parlamentarische Demokratie. Das bemerkenswerte Engagement junger Menschen etwa bei der Hilfe für Geflüchtete, im Rahmen von Umweltaktionen und anderen, meist projektorientierten Aktionen, ist grundsätzlich wertzuschätzen. Es muss jedoch auch gelingen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu vermitteln, dass Wahlen und Parteien grundlegend für unsere freie und offene Gesellschaft sind und dass es daher lohnt, sich auch in dieser Form einzusetzen.

Jugendbeteiligung soll die Aushandlung unterschiedlicher Positionen ermöglichen – sowohl angesichts sozialer Ungleichheiten zwischen jungen Menschen selbst als auch angesichts des Machtgefälles zwischen Jugendlichen und erwachsenen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern. Damit junge Menschen Beteiligungsformen wirksam nutzen können, müssen sie in ihrem sozialen Umfeld eine



politische Kultur erleben. Das gilt auch für Online-Beteiligung. Um diese politische Kultur zu etablieren, ist es notwendig, Beteiligung als Teil des alltäglichen Selbstverständnisses in Institutionen grundlegend zu verankern.

„Einer meiner größten Wünsche bei der Bundes- und Kommunalpolitik wäre, dass Jugendgremien mehr Aufmerksamkeit bekommen.“<sup>64</sup>

Jugendbeteiligung hat – so formuliert es der 15. Kinder- und Jugendbericht – häufig ein „Ernsthaftigkeitsproblem“<sup>65</sup>. Die Formate seien zu ritualhaft, zu pädagogisch oder zu experimentell, die Ergebnisse unkonkret und nicht wirksam, die Orte und Zusammenhänge nicht selbstgewählt. Um dem zu begegnen, sieht der Bericht eine Verantwortung bei der Politik. Empfohlen werden die gesetzliche Verankerung von Jugendbeteiligung (Gemeindeordnungen, SGB VIII, Schulgesetze), die Unterstützung durch Verfahren und gesetzlich verfasste Gremien (Hilfeplanung, Beschwerdeverfahren, Schülermitverwaltung, Jugendringe) und die Konkretisierung von Beteiligungsrechten und -verfahren in Konzepten und Leitbildern, etwa von Kommunen.

„Beteiligung Jugendlicher an für sie zentralen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen und damit die Stärkung ihrer Rolle als gesellschaftlich handelnde Akteure ist wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft“<sup>66</sup>, so der 15. Kinder- und Jugendbericht. Dieser Anspruch ist noch nicht ausreichend erfüllt und sowohl Bildungseinrichtungen, Zivilgesellschaft, soziale Dienste und Unternehmen als auch die Politik sind gefordert, eine gesellschaftliche Beteiligungs- und Verantwortungskultur für die Jugend zu stärken.

Das Ziel, politische Jugendbeteiligung fest zu verankern und Jugendliche und junge Erwachsene durch ernstgemeinte Partizipation für eine aktive Teilhabe an der Demokratie zu begeistern und zu befähigen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und hat einen festen Platz in der Jugendstrategie.



### Vermitteln und befähigen: Politische Bildung und Demokratiebildung

Politische Bildung verstärken, Demokratiebildung leben, Jugendarbeit fördern

Obwohl eine breite Einigkeit darüber besteht, dass es Aufgabe der politischen Bildung ist, junge Menschen zu informieren, zur Beteiligung zu befähigen und zu motivieren, besteht hier großer politischer Handlungsbedarf.

Die Entwicklungen der letzten Jahre lassen starke Kontroversen in der Gesellschaft erkennen; Vorurteile und Menschenfeindlichkeit werden immer häufiger zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Um demokratieförderndes Verhalten gesamtgesellschaftlich – also auch bei jungen Menschen – zu stärken und Radikalisierung präventiv zu begegnen, werden vielfältige Ansätze der politischen Bildung benötigt.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht plädiert mit Nachdruck für eine ernsthafte, nachhaltige, deutlich verstärkte politische Bildung und Demokratiebildung im



Jugendalter. Dahinter steht die Feststellung, dass Demokratie angesichts zunehmender Komplexität und der Beschleunigung gesellschaftlicher Entwicklungen immer wieder sichergestellt werden muss. Hierfür müssen junge Menschen „bereit sein und befähigt werden.“<sup>67</sup> Das gilt für diejenigen, die sich bislang kaum für Politik interessieren, ebenso wie für junge Menschen, die mit extremistischen, fremden- oder demokratiefeindlichen Gedanken sympathisieren.

Politische Bildung besteht nicht nur im Erlernen politischer und gesellschaftlicher Strukturen und ihrer Wirkungszusammenhänge (im Sinne einer „Institutionenlehre“), sondern ist auch Ausdruck von Beteiligungskultur und damit gelebte Demokratiebildung. Politische Bildung darf nicht als „Extra“ von ausgewählten Institutionen betrieben werden, sondern sie gehört in Bildungseinrichtungen (insbesondere

in die Schule, aber auch in die berufliche Ausbildung und die Hochschule), aber auch in die Arbeitswelt, in das Wohnumfeld, in die Stadtentwicklung und in die Medien. Perspektivisch müssen neue, attraktive Formen der Vermittlung demokratischer Werte entwickelt werden. Das Erlernen einer offenen Diskussionskultur, die Stärkung von Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Auffassungen, die Befähigung zu Kompromissen und zur Akzeptanz mehrheitlicher Entscheidungen sowie die Bedeutsamkeit von Minderheitenrechten müssen dabei zentrale Inhalte sein.

**„Es bedarf der effektiven Umsetzung der Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung und ihrem Geschlecht. Kein Mensch soll ausgegrenzt werden. Ein Klima der Akzeptanz und Offenheit sowie Zivilcourage bei Diskriminierung muss gefördert werden!“<sup>68</sup>**

Junge Menschen erleben zum Beispiel in der Jugendarbeit Selbstwirksamkeit und die gesellschaftliche Relevanz ihres Engagements. In Jugendverbänden, Jugendgruppen und offenen Einrichtungen organisieren sie selbst, gestalten und verantworten gemeinschaftlich. Dabei werden zentrale persönliche Entwicklungsprozesse gefördert. Im besten Fall wirkt Jugend(verbands)arbeit auch direkt an der demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens mit und hat so Einfluss auf die Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener.

Unter dem Dach der Jugendstrategie sollten Voraussetzungen für eine neue Kultur der politischen Bildung und Demokratiebildung mit mehr Zeit, mehr Engagement und innovativen Konzepten erarbeitet werden. Zur Stärkung von politischer Bildung gehört auch die Förderung entsprechender Angebote der Jugendarbeit.

### **Lernen und mitbestimmen: Jugendgerechte (Ganztags-)Schule**

Wissen und Kompetenzen vermitteln, Ganztagschule für Jugendliche attraktiv machen, Mitbestimmung in der Schule stärken, Kooperation von Schule und Jugendhilfe vorantreiben

Ob Schule ein attraktiver Lern- und Lebensort für Jugendliche ist, hängt von vielen Aspekten ab. Besondere Chancen und Herausforderungen gibt es in Ganztagschulen, etwa mit Blick auf altersgerechte Angebote und Mitbestimmung.

Lernen ist im Idealfall eine Verbindung von verschiedenen Lernformen und wird von Lehrerinnen und Lehrern, sozialpädagogischen Fachkräften und Ehrenamtlichen (etwa in Vereinen und Verbänden) begleitet. Gerade die Ganztagschule kann ein Ort sein, an dem ein weiter Bildungsanspruch verwirklicht wird, indem neben Wissen auch soziale und personale Kompetenzen vermittelt werden. Untersuchungen lassen darauf schließen, dass das Ganztagsangebot für ältere Schülerinnen und Schüler weniger umfangreich und vielfältig ist als das für jüngere.<sup>69</sup> Das wird nicht zuletzt auf die Tatsache zurückgeführt, dass mit dem Ausbau der Ganztagschule insbesondere die Nachmittagsbetreuung von jüngeren Schülerinnen und Schülern gewährleistet werden soll.

Jugendgerechte Ganztagsangebote sollten stärker an der schulischen Laufbahn, den individuellen Lebensverläufen und den Interessen und Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler orientiert werden. Besonderes Augenmerk ist auf Wahlmöglich-





„Es sollten mehr Projekte an Schulen und auch in Kooperation mehrerer Schulen durchgeführt werden, bei denen die Schülerinnen und Schüler sich selber einbringen können.“<sup>71</sup>

keiten und auf die Beteiligung bei der Gestaltung von Angeboten zu richten. Wenn man Jugendliche fragt, was sie vom Ganzttag erwarten, sind Freiräume, Selbstbestimmung, Gestaltungsmöglichkeiten und eine Vielfalt an Angeboten besonders wichtig.<sup>70</sup>

Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule schaffen Gelegenheiten zur Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Das hat positive Auswirkungen auf das gesellschaftliche Erleben und auf die Motivation, sich zu engagieren. Zu einer guten Schule gehört eine lebendige, ernst gemeinte und verlässliche Beteiligungskultur. Auch wenn in vielen Schulen die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern bereits sehr gut umgesetzt wird, hängt die Möglichkeit dazu allzu oft von der Haltung und dem Einsatz einzelner Personen (zum Beispiel Schulleitung, Lehrkräfte) ab. Dabei gibt es rechtliche Grundlagen zur Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, die noch nicht ausgeschöpft werden. Eigenständige Jugendpolitik muss darauf hinwirken, dass bestehende Möglichkeiten und Strukturen für Mitbestimmung in der Schule ernst genommen und ausgebaut werden. Hierzu zählen zum Beispiel die Schülerinnen- und Schülervertretungen auf verschiedenen Ebenen.

Um gemeinsam bedarfsgerechte Angebote machen zu können, ist es erforderlich, dass Schulen und ihre Kooperationspartner eine gemeinsame Vorstellung davon

entwickeln, was Lernen ausmacht. Um die im 15. Kinder- und Jugendbericht dargestellten „Struktur- bzw. Kulturunterschiede“<sup>72</sup> zwischen Schule und Jugendhilfe zu überwinden, braucht die Ganztagschule einen Perspektivwechsel hin zu einer gemeinsamen, multiprofessionell und auf Augenhöhe wahrgenommenen Verantwortung. Benötigt wird eine verstärkte Debatte über die Bedingungen einer erfolgreichen Kooperation der Kinder- und Jugendhilfe mit Schulen. Für eine solche Debatte kann die Jugendstrategie Orte und Anlässe bieten.

### Vereinfachen und informieren: Rechte der Jugend Widersprüche in Rechtsdefinitionen von „Jugend“ aufheben, Rechte nachvollziehbar machen

Jugend als Lebensphase ist rechtlich nicht einheitlich gefasst, zum Teil wird auch nur zwischen Minderjährigen (pauschal als „Kinder“ bezeichnet) und Volljährigen unterschieden, so im Zivilrecht, im Verfassungsrecht und überwiegend auch im Sozialrecht. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz und das Jugendschutzgesetz nennt diejenigen Personen „Jugendliche“, die 14, aber noch nicht 18 Jahre alt sind, und diejenigen „junge Volljährige“, die 18, aber noch nicht 27 Jahre alt sind. Im Jugendarbeitsschutzgesetz hingegen sind „Jugendliche“ 15 bis 17 Jahre alt. Im (Jugend-) Strafrecht sind „Jugendliche“ 14 bis 17, „Heranwachsende“ wiederum 18 bis 20. Im SGB II gibt es zudem die Regelung für Arbeitssuchende, die bis zum Alter von 25 Jahren in der Regel Bedarfsgemeinschaften mit ihren Eltern zugeordnet werden. Eine weitere uneinheitliche rechtliche Festschreibung des Jugendalters gibt es in Bezug auf Beteiligungsrechte und das Wahlrecht. Hier muss zwischen (zum Teil auch in sich unterschiedlichen) Festlegungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene unterschieden werden.

Aus der uneinheitlichen rechtlichen Definition des Jugendalters leiten sich auch unterschiedliche Beteiligungs-, Teilhabe- und Schutzrechte für Jugendliche ab, und viele rechtliche Regelungen greifen undurchschaubar ineinander. „So ist beispielsweise das schulische und berufliche Übergangssystem von einer rechtlichen Komplexität gekennzeichnet, die häufig in ihrer Bedeutung für den Alltag junger Menschen nicht einmal von Fachkräften verstanden wird. Wie Jugendliche und junge Erwachsene hier ihre Rechte kennen können sollen, bleibt offen.“<sup>73</sup> Die fehlenden Entsprechungen in den einzelnen Rechtsbereichen erschweren zudem die Fortsetzung von Angeboten bei Zuständigkeitswechseln. Beson-



ders unübersichtlich sind die rechtlichen Möglichkeiten und Handlungsoptionen für geflüchtete junge Menschen.

Eine systematische Diskussion über die Rechte der Jugend und über mögliche Vereinfachungen sowie eine verbesserte Darstellung der wichtigsten Rechte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gehören unter das Dach der Jugendstrategie. Dabei geht es um Vermittlung, Schutz und Durchsetzbarkeit dieser Rechte ebenso wie um eine stärkere jugendpolitische Reflexion der Gesetzgebung insgesamt – hier sei auf die Entwicklung des Jugend-Checks (**Kapitel V**) verwiesen. Auch sollten die Debatten über die Umsetzung und Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention aus einer jugendpolitischen Perspektive geführt werden.

### **Wissen und beteiligen: Neuorientierung der Jugendforschung**

Mehr über Jugend wissen, Alltagshandeln in den Blick nehmen, Jugend an Forschung und Berichterstattung beteiligen

Für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Eigenständigen Jugendpolitik ist eine stärkere Unterstützung durch Forschung und eine verbesserte Datenlage



über die eigenständige Lebensphase Jugend nötig. Besonders schlecht beleuchtet ist das junge Erwachsenenalter mit seinen Übergängen, und es fehlt an Forschung zu ausgewählten Gruppen, zum Beispiel zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Behinderungen. Ein solches Mehr an Jugendforschung bedarf der breiten Erkenntnis ihrer (gesellschaftlichen) Relevanz und der daraus zu schließenden Forschungsschwerpunkte, Aufträge und Mittel. Eine weitere Herausforderung stellt der oftmals bemängelte Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis dar.

Jugendforschung sollte sich immer auch mit dem Alltagshandeln Jugendlicher und junger Erwachsener befassen. Der 15. Kinder- und Jugendbericht nimmt diese Perspektive ein, indem er nicht nur empirische Daten zu Lebenslagen und Institutionen liefert, sondern beispielsweise auch Familienbeziehungen, Gleichaltrigen- und Paarbeziehungen sowie Jugendkulturen und -szenen aus dem Blickwinkel von jungen Menschen betrachtet.

Eine weitere Anforderung an Jugendforschung, die sich selbst an den Grundsätzen Eigenständiger Jugendpolitik ausrichtet, besteht in der Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Forschungsvorhaben und Berichterstattung. Auch für den 15. Kinder- und Jugendbericht war Jugendbeteiligung nicht nur aus demokratietheoretischer, sondern auch aus konzeptioneller und praktischer Sicht relevant. Der Bericht sollte, so der Auftrag, junge Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache einbeziehen. Einen umfassenden Beteiligungsprozess an der Berichterstellung sah die Kommission im vorgegebenen Rahmen jedoch als nicht realisierbar an. Neben der verstärkten Einbindung von Sichtweisen und Positionen Jugendlicher vor allem in den Berichtsteilen zu Alltagsleben, Ausdrucksformen und Handlungsräumen sowie zum digital-vernetzten Leben entschied sich die Kommission für Gespräche mit jungen Menschen in verschiedenen Regionen, um unmittelbare Stimmen und Sichtweisen junger Menschen zu zentralen Themen des Berichtsauftrags zusammenzutragen. Darüber hinaus wurden aktuelle und abgeschlossene Beteiligungsprojekte entlang der Berichtsthemen ausgewertet. Außerdem erstellten Jugendliche für den Bericht individuelle Wochenpläne, in denen sie die zeitliche Rahmung ihres Alltags, aber auch Gefühle und Einstellungen festhielten. Die Äußerungen der Jugendlichen zu den Themenbereichen werden im Bericht nicht interpretiert, sondern direkt wiedergegeben und teilweise erläutert. Diese unmittelbaren Stimmen sind nicht repräsentativ, sondern exemplarisch. Gleichzeitig sind sie wertvolle authentische Zeugnisse für aktuelle Sichtweisen, Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Der Umgang der Berichtskommission mit diesem Aspekt des Berichtsauftrags ist nachvollziehbar. Grundlegende Überlegungen zu partizipativer Jugendforschung und die Entwicklung von Anforderungen und Methoden stehen aus und gehören zu den Perspektiven dieser Jugendstrategie.







## MASSNAHMEN DER JUGENDSTRATEGIE

Im Koalitionsvertrag zwischen den Regierungsparteien für die 18. Legislaturperiode steht: „Wir begreifen Jugendpolitik als ein zentrales Politikfeld, das vorrangig von Ländern und Kommunen vor Ort gestaltet wird.“<sup>74</sup> Zudem spricht der Koalitionsvertrag von einer „neuen, ressortübergreifenden Jugendpolitik, die die Belange aller jungen Menschen im Blick hat.“<sup>75</sup> Und davon, dass gemeinsam mit Jugendlichen und ihren Jugendverbänden das Konzept einer Eigenständigen Jugendpolitik weiterentwickelt wird. Hieraus ist abzuleiten, dass für die Eigenständige Jugendpolitik gilt:

- alle staatlichen Ebenen (Kommunen, Länder, Bund) sind betroffen,
- alle Ressorts wirken gemeinsam an der Umsetzung mit,
- Jugendbeteiligung ist eine Anforderung an alle Akteure.

Das Bundesjugendministerium reagierte darauf und konzipierte die Jugendstrategie für die Jahre 2015-2018 unter dem Motto „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“. Seit April 2015 ist die Eigenständige Jugendpolitik auch strukturell im Bundesjugendministerium verankert. In der Abteilung 5 „Kinder und Jugend“ wurde das Referat „Eigenständige Jugendpolitik“ geschaffen. Das Referat ist auch für die Koordinierung und Weiterentwicklung der Jugendstrategie zuständig.

Die Jugendstrategie ist kooperativ ausgerichtet und arbeitet referats- und abteilungsübergreifend mit dem Ziel, jugendrelevante Vorhaben zu bündeln und die Kompetenzen des Ministeriums in Sachen „Eigenständige Jugendpolitik und Jugendbeteiligung“ stärker nutzbar und sichtbar zu machen. Diese Prinzipien des Zusammenwirkens, die im Bundesjugendministerium gelebt werden, sind auch handlungsleitend für die Zusammenarbeit mit Bundesressorts, Ländern, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

## Initiativen und Strategien

### Entwicklung eines Jugend-Checks

„Wir werden gemeinsam mit den Jugendverbänden einen ‚Jugend-Check‘ entwickeln, um Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen.“<sup>76</sup> So steht es im Koalitionsvertrag zwischen den Regierungsparteien für die 18. Legislaturperiode. In einer älter werdenden Gesellschaft ist der Jugend-Check als verbindliches und wirkungsvolles Prüf- und Sensibilisierungsinstrument geboten – im Sinne von Generationengerechtigkeit, Wertschätzung junger Menschen, Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und nicht zuletzt guter Gesetzgebung.

Der Jugend-Check soll alle mit der Vorbereitung von Normen befassten Stellen des Bundes für die Auswirkungen von Maßnahmen auf junge Menschen sensibilisieren und diese Auswirkungen fundiert darstellen, so dass sie auch der Gesetzgeber bei seinen Entscheidungen berücksichtigen kann. Um Wirkung zu entfalten und gleichzeitig unnötigen bürokratischen Aufwand zu vermeiden, soll ein zweistufiges Verfahren eingeführt werden: Im Rahmen einer kurzen Vorprüfung werden diejenigen Regelungsentwürfe identifiziert, die voraussichtlich Auswirkungen auf junge Menschen haben. Diese Entwürfe werden im nächsten Schritt umfassend geprüft.



Die Entwicklung des Jugend-Checks findet in einem partizipativen Prozess mit Expertinnen und Experten statt (aus: Deutscher Bundesjugendring, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“, Bundesjugendkuratorium, Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Bundesju-



gendministerium). Die Expertinnen und Experten benannten bereits im Dezember 2015 folgende Anforderungen an den Jugend-Check:

- gesetzliche Verankerung (Verbindlichkeit, keine Beliebigkeit)
- sachverständiges Gremium (Unabhängigkeit, Öffentlichkeit)
- leistungsfähige Arbeitsebene (angemessene Personal- und Sachausstattung)
- zielführendes Verfahren unter Mitwirkung der Ressorts (Praktikabilität, Akzeptanz, Wirksamkeit)
- evidente Kriterien/Wirkungsdimensionen (Beteiligung Jugendverbände, Jugendliche direkt).

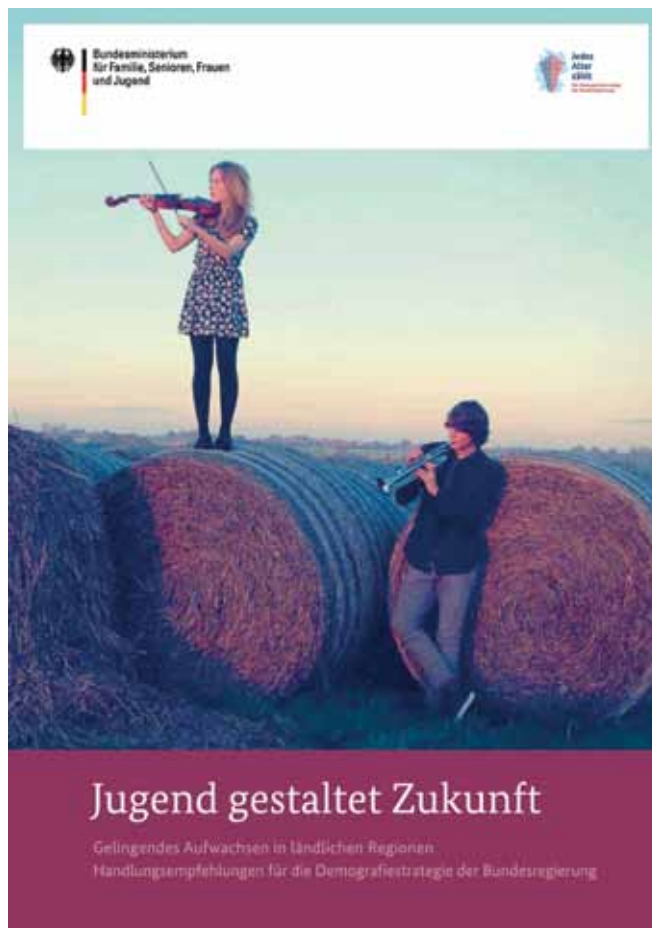
Seit Februar 2016 wird der Prozess zur Entwicklung des Jugend-Checks außerdem durch das Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation unterstützt.

Das Bundesjugendministerium begreift die Verankerung dieses Vorhabens im Koalitionsvertrag und die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden und anderen zentralen jugendpolitischen Akteuren als Chance und als Auftrag und arbeitet unter Berücksichtigung der genannten Anforderungen intensiv am Verfahren und an der Verankerung des Jugend-Checks.

### AG „Jugend gestaltet Zukunft“ im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung

Seit Oktober 2014 verbindet die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ die Jugendstrategie des Bundesjugendministeriums mit der Demografiestrategie der Bundesregierung. Als zehnte und jüngste Arbeitsgruppe zur Demografiestrategie setzte sie ihren ersten Arbeitsschwerpunkt auf gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen. Das Ziel der AG – bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen, Sozialpartnern und Verbänden, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – ist es, Jugendliche und deren Belange aktiv in die demografiepolitischen Überlegungen der Bundesregierung einzubinden und der Jugend eine starke Stimme zu geben. Dabei geht die Arbeitsgruppe zweifach vor: sie diskutiert und benennt demografiepolitische Herausforderungen und setzt konkrete Beteiligungsprojekte mit Jugendlichen um. Neben der fachlichen Expertise der AG-Mitglieder und aktuellen Forschungsergebnissen flossen so die Ergebnisse von zwei Beteiligungsprojekten in die Arbeit der AG ein: Der „Jugend-Demografie-Dialog“ von der Leuphana Universität Lüneburg und „Ichmache>Politik|Demografie“ vom Deutschen Bundesjugendring.

Die in beiden Projekten entwickelten Vorschläge von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Gestaltung des demografischen Wandels sind zum Teil in die Handlungsempfehlungen „Jugend gestaltet Zukunft. Gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen“ eingeflossen, die von den Gestaltungspartnern der Bundesregierung in der AG zum Demografiegipfel im März 2017 vorgelegt wurden. Diese Empfehlungen sind in neun Handlungsfelder mit hoher Relevanz für Jugendliche und junge Erwachsene untergliedert:



- Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern
- Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken
- Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen
- Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern
- Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen
- Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen
- Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen
- Integration: Teilhabe nach Zuwanderung ermöglichen
- Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen.

Noch vor Erarbeitung der Handlungsempfehlungen hat die AG den anderen Arbeitsgruppen zur Demografiestrategie eine „Handreichung zur Berücksichtigung der Belange von Jugendlichen in der Demografiestrategie der Bundesregierung (Jugend-Brille)“ zur Verfügung gestellt. Sie soll dazu anregen, demografiepolitische Diskurse und Ergebnisse dahingehend zu reflektieren, ob Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen betroffen sind beziehungsweise ausreichend berücksichtigt wurden.

Die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ hat beschrieben, welche Handlungsbedarfe für jugendgerechte Demografepolitik in ländlichen Regionen bestehen und damit eine

Grundlage geschaffen, um geeignete Maßnahmen für den Verbleib, die Rückkehr oder den Zuzug junger Menschen zu entwickeln und umzusetzen. Dazu haben die beiden Jugendbeteiligungsprojekte wesentlich beigetragen.

Die Handlungsempfehlungen „Jugend gestaltet Zukunft. Gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen“ sind abrufbar unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de).

## Umsetzung der EU-Jugendstrategie

Die sogenannte EU-Jugendstrategie ist der Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa von 2010 bis 2018. Sie zielt auf die Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung junger Menschen sowie auf die Förderung der persönlichen Entfaltung, des sozialen Zusammenhalts und des gesellschaftlichen Engagements ab. Diese Ziele sollen durch die Entwicklung und die Förderung von speziellen Initiativen im Jugendbereich und durch die durchgängige Berücksichtigung von Jugendbelangen in anderen Politikbereichen erreicht werden.



In Deutschland arbeiten Bund und Länder seit 2010 bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in einer eigens eingerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe eng zusammen. Es geht dabei darum, europäische Impulse in die Politik und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe zu bringen. In verschiedenen Themenbereichen will die Bund-Länder AG Rahmenbedingungen verbessern, um unter anderem eine bessere Beteiligung von Jugendlichen zu erreichen und europäische Mobilitätsangebote stärker für alle jungen Menschen zu öffnen. Insbesondere will die Bund-Länder AG benachteiligte Zielgruppen erreichen. Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in der Praxis vor Ort ist ein zentrales Anliegen der Bund-Länder AG. Damit soll der Mehrwert einer stärkeren europäischen Ausrichtung der Jugendhilfe betont, die Weiterentwicklung der Praxis angeregt und die notwendige Unterstützung für Träger verbessert werden.

Bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie kommt auch der breiten Beteiligung der Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Um diese sicher zu stellen, hat das Bundesjugendministerium im Jahr 2010 einen Beirat des Bundes berufen – zur Beratung und fachlichen Begleitung des Umsetzungsprozesses.

Durch die Verknüpfung mit der EU-Jugendstrategie gewinnt die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ eine starke europäische Dimension. Mit einer gemeinsamen Agenda sorgen die Akteure dafür, dass Erfahrungen, Erkenntnisse und Diskussionen von der europäischen Ebene in die Jugendstrategie eingebracht werden und umgekehrt. Dies wird insbesondere dort sichtbar, wo es darum geht, wirkungsvolle Jugendbeteiligung zu verankern oder Übergänge von der Schule in den Beruf durch grenzüberschreitende Angebote erfolgreicher zu gestalten.

Nähere Informationen sind zu finden unter [www.jugendpolitikineuropa.de](http://www.jugendpolitikineuropa.de).



### Initiative „Chancen eröffnen durch Austausch und Begegnung“

Europäische und internationale Einflüsse wirken zunehmend auf alle Lebensbereiche von Jugendlichen. Auslandsaufenthalte und Austauschprogramme können dabei helfen, diese Einflüsse nachvollziehbar und erlebbar zu machen und Jugendlichen das Rüstzeug geben, sich neuen Herausforderungen zu stellen und Chancen besser wahrnehmen zu können. Internationale Jugendarbeit kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Mit der Initiative „Chancen eröffnen durch Austausch und Begegnung“ sollen Aktivitäten zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von jungen Menschen und Fachkräften im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe verstetigt und weiterentwickelt werden. Mit dieser Initiative sollen die Voraussetzungen dafür verbessert werden, dass so viele junge Menschen wie möglich durch Angebote der europäischen und internationalen Jugendarbeit erreicht werden, unabhängig von kultureller und sozialer Herkunft, Behinderung und Bildungsgrad. Im Rahmen der Initiative werden derzeit vier Schwerpunkte gefördert:



- Durch das gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung geförderte Forschungsprojekt „Warum nicht? Studie zum Internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren“ sollen bis 2018 Datenlücken zum Anteil Jugendlicher, die an internationalen Austauschmaßnahmen teilnehmen und Faktoren, die ihre Entscheidung beeinflussen, geschlossen und Handlungsempfehlungen formuliert werden ([www.zugangsstudie.de](http://www.zugangsstudie.de)).
- Die jugendpolitische Initiative „JiVE. Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“ soll die Internationale Jugendarbeit vor Ort bekannt und nutzbar machen und grenzüberschreitende Mobilität für bisher schwer zu erreichende Zielgruppen ermöglichen. Außerdem soll die Internationale Jugendarbeit als non-formales Bildungsangebot stärker profiliert werden, und es soll ein Beitrag zur politischen und gesellschaftlichen Anerkennung ihrer Formate geleistet werden. Ebenfalls geht es um die Weiterentwicklung und Europäisierung beziehungsweise Internationalisierung

der Jugendhilfe in Deutschland sowie um die Motivierung und Qualifizierung von Fachkräften für die Internationale Jugendarbeit. JiVE bildet dabei ein Dach für Austausch und Vernetzung verschiedener Teilinitiativen, die von unterschiedlichen Akteuren umgesetzt werden ([www.jive-international.de](http://www.jive-international.de)).

- Damit sich junge Menschen aktiv beteiligen können, werden innovative Ansätze von und für Jugendliche erprobt und praxisnah umgesetzt, zum Beispiel durch die Förderung von Jugendinitiativen und Peer-to-Peer Projekten zur Weiterentwicklung der europäischen und internationalen Jugendarbeit.
- Unter aktiver Beteiligung Jugendlicher soll die Sichtbarkeit der Internationalen Jugendarbeit durch zentrale Jugendveranstaltungen (Jugendtreffen, Jugendkonferenzen, Jugendparlamente) der Fach- und Förderstellen ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch, Deutsch-Französisches Jugendwerk, Deutsch-Polnisches Jugendwerk, IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland, JUGEND für Europa, Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch und Tandem – Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch erhöht werden.

## Projekte

### Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“



Zentraler Gestaltungspartner des Bundesjugendministeriums bei der Umsetzung der Jugendstrategie ist die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“, ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Ihre zentralen Aufgaben sind die bundesweite Verbreitung der Eigenständigen Jugendpolitik, die Vernetzung der Akteure auf Bundesebene sowie Öffentlichkeitsarbeit für die Jugendstrategie. Die gesellschaftliche Sensibilisierung für eine realistische Darstellung und Wahrnehmung von Jugendlichen gehört zu den weiteren Schwerpunkten. Die Koordinierungsstelle richtet regelmäßig Fachveranstaltungen aus.

Querschnittsanforderung an die Jugendstrategie und ihre Einzelvorhaben ist eine wirkungsvolle Jugendbeteiligung. Die Koordinierungsstelle wird dem beispielsweise durch gemischte Teams auf Fachveranstaltungen und mit regelmäßigen Jugendworkshops und Jugendkonferenzen gerecht.

Bei der Umsetzung der Eigenständigen Jugendpolitik spielen Kommunen und Regionen eine besonders wichtige Rolle, weil sie räumlich und politisch den jugendlichen Lebenswelten am nächsten sind. Hier sind die jungen Menschen unmittelbar betroffen, hier sind sie direkt ansprechbar. Zentrale Fragen, die auf der kommunalen Ebene zu beantworten sind, sind beispielsweise: Welche Interessen und Bedürfnisse hat die Jugend vor Ort? Wie muss eine Kommune sein, damit Jugendliche bleiben? Wer unterstützt sie bei der Zukunftsgestaltung? An welchen Entscheidungen werden Jugendliche noch nicht ausreichend beteiligt? Und wie können nachhaltige Strukturen für Jugendgerechtigkeit geschaffen werden?

Die Koordinierungsstelle begleitet 16 ausgewählte Referenzkommunen auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit. Darüber hinaus stellt sie mit der Werkzeugbox „Jugend gerecht werden“ ein Onlineangebot zur Verfügung, mit dem Jugendliche, Fachkräfte sowie Politik und Verwaltung ganz konkrete Unterstützung erhalten, wenn sie sich vor Ort dafür einsetzen wollen, dass ihre Kommune jugendgerechter wird.

Die Koordinierungsstelle arbeitet auf Bundesebene eng mit den Akteuren und Partnern der Jugendstrategie zusammen, sie schafft Synergien und sorgt für Vernetzung. Zentraler Ort hierfür ist ein beratendes Gremium der Koordinierungsstelle – der Planungsstab, in dem wesentliche Gestaltungspartner der Jugendstrategie vertreten sind. Darüber hinaus wirkt die Koordinierungsstelle bei einigen Einzelvorhaben gestaltend mit.

Die Koordinierungsstelle dokumentiert fortlaufend alle Entwicklungen der Jugendstrategie transparent. Sie betreibt die zentrale Informationsplattform der

Jugendstrategie unter [www.jugendgerecht.de](http://www.jugendgerecht.de). Mit einem vierteljährlich erscheinenden Onlinemagazin werden Interessierte per E-Mail auf dem Laufenden gehalten. Darüber hinaus erhalten die Leserinnen und Leser mit jeder Ausgabe Einblicke in ein ausgewähltes Praxisprojekt, und sie erfahren mehr über ein jugendpolitisches Schwerpunktthema.

### Prozess „Jugendgerechte Kommunen“

Die kommunale Ebene ist für die Umsetzung der Eigenständigen Jugendpolitik einer der wichtigsten Wirkungsräume. Denn sie ist die politische Ebene, die die spürbarsten Auswirkungen auf jugendliche Lebenswelten hat. Doch welche Möglichkeiten gibt es vor Ort für eine Verbesserung der Lebensqualität Jugendlicher? Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ hat Merkmale jugendgerechter Kommunen erarbeitet und dadurch eine systematische Grundlage für Veränderungen geschaffen.

Die Merkmale jugendgerechter Kommunen sind vier Handlungsfeldern zugeordnet:

#### **Heimat für Jugend sein: Räume und Wege eröffnen**

Jugendliche und junge Erwachsene erleben ihre Kommune auf eigene Art und Weise. Sie haben Erwartungen an den öffentlichen und privaten Raum, die nicht immer mit den Vorstellungen von älteren Menschen übereinstimmen. Gleichzeitig haben sie oft nur geringe eigene Ressourcen, um ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können und sind daher auf Kreativität und Unterstützung seitens der Kommune angewiesen.

#### **Zukunft bieten: Bildung und Arbeit ermöglichen**

Jugendliche brauchen Perspektiven und Angebote, um ihren eigenen Weg zu finden und ihren Interessen nachgehen zu können. Sie lernen nicht nur in der Schule, sondern auch an außerschulischen Bildungsorten in ihrer Freizeit. Und sie brauchen die Zuversicht, dass ihre (berufliche) Zukunft aussichtsreich ist und von ihnen selbst gestaltet werden kann.

#### **Politik mit und von Jugend unterstützen: Teilhabe anbieten, Beteiligung ermöglichen, Vielfalt schätzen**

„Die“ Jugend gibt es nicht. Jugendliche haben individuelle Interessen und Bedürfnisse, ihre Lebenswelten sind vielfältig. Sie wollen sich einbringen und ihr Umfeld mitgestalten. Sie wollen gesehen, gefragt und gehört werden.

#### **Strukturen für Jugend verbessern: Leitlinien, Qualifizierung und Bündnisse verankern**

Jugendliche erwarten verlässliche Strukturen und verbindliche Zusagen. Deshalb braucht eine jugendgerechte Kommune Strategien, die Nachhaltigkeit garantieren. Dazu gehören Qualifizierungsmaßnahmen für Politik und Verwaltung ebenso wie die Gründung eines breiten Bündnisses für Jugend, das Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft mit einbezieht.

Die vier Handlungsfelder sind auch die Grundlage des Online-Angebots „Jugend gerecht werden“ unter [werkzeugbox.jugendgerecht.de](http://werkzeugbox.jugendgerecht.de). In dieser Werkzeugbox werden zahlreiche praxisnahe Inhalte zur Verfügung gestellt, die Jugendlichen, Fachkräften sowie Politik und Verwaltung dabei nützlich sein können, sich vor Ort für mehr Jugendgerechtigkeit einzusetzen.

Von 2015 bis 2018 begleitet die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ 16 Referenzkommunen aus dem gesamten Bundesgebiet auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit. Die beteiligten Kommunen sind:

- Baden-Württemberg: Nachhaltigkeitsregion FÜNF G (Gemeindeverbund aus Aldingen, Denkingen, Frittlingen, Deißlingen, Wellendingen)
- Bayern: Stadt Fürth
- Berlin: Bezirk Tempelhof-Schöneberg
- Brandenburg: Stadt Finsterwalde
- Bremen: Stadt Bremerhaven
- Hamburg: Bezirk Hamburg-Nord (Stadtteil Barmbek-Nord)
- Hessen: Stadt Dreieich
- Mecklenburg-Vorpommern: Hansestadt Rostock
- Niedersachsen: Landeshauptstadt Hannover
- Nordrhein-Westfalen: Kreis Steinfurt
- Rheinland-Pfalz: Stadt Trier
- Saarland: Landkreis Merzig-Wadern
- Sachsen: Stadt Leipzig
- Sachsen-Anhalt: Stadt Naumburg (Saale)
- Schleswig-Holstein: Stadt Bad Segeberg
- Thüringen: Landkreis Sömmerda

Jede der Referenzkommunen ist einzigartig – schon aufgrund ihrer Lage, ihrer Geschichte und der vielfältigen Faktoren, die auf sie einwirken. Jede Kommune ist finanziell, strukturell sowie personell anders aufgestellt. Nicht nur Verwaltungsstrukturen und -abläufe unterscheiden sich, auch Einwohnerzahlen und -dichten sowie die Anzahl an Jugendlichen variieren. Um den heterogenen Herausforderungen und Besonderheiten der ausgewählten Kommunen gerecht zu werden, braucht es für jede Kommune einen eigenen Prozess auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit – in diesem Sinne entwickelt jede Kommune einen individuellen Fahrplan. Unter der Fragestellung „Was ist anders in der Kommune, wenn sie jugendgerechter ist?“ haben sich die Kommunen herausforderungsvolle, erreichbare Ziele für den Prozess bis Mitte 2018 gesetzt.

Ein wichtiges Element in der Zusammenarbeit von Koordinierungsstelle und Referenzkommunen ist die Teilnahme jeder Kommune an regelmäßig stattfindenden Peer-Learning-Veranstaltungen, bei denen sich die Kommunen untereinander und mit Expertinnen beziehungsweise Experten zu ihren Vorstellungen, Ideen und Erfahrungen austauschen. Die „Jugendgerechten Kommunen“ sind seit Beginn ein Gemeinschaftsprojekt von Jugendlichen, Fachkräften sowie Politik und Verwaltung.





Konkret zeigt sich dies unter anderem darin, dass zu den Peer-Learning-Seminaren altersgemischte Teams anreisen. Auch vor Ort soll eine nachhaltige Beteiligungskultur verankert und politische Bildung verstärkt werden. Die Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren in kommunalen Netzwerken sowie die Entwicklung eines verbindlichen jugendpolitischen Rahmenkonzeptes sind weitere, jeweils verbindliche Bestandteile des Prozesses vor Ort. Nachhaltigkeit für mehr Jugendgerechtigkeit zu schaffen, ist über 2018 hinaus ein zusätzliches zentrales Anliegen. Die teilnehmenden Kommunen wollen bis dahin verbindliche Strukturen für eine Eigenständige Jugendpolitik schaffen.

Nähere Informationen zum aktuellen Stand der Aktivitäten der Referenzkommunen sind zu finden unter [www.jugendgerecht.de/jugendgerecht-vor-ort/jugendgerechte-kommunen](http://www.jugendgerecht.de/jugendgerecht-vor-ort/jugendgerechte-kommunen).

## Jugend ermöglichen! Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht

Für aktuelle jugendpolitische Erkenntnisse hat die Bundesregierung im Oktober 2014 eine unabhängige Sachverständigenkommission mit der Erarbeitung des 15. Kinder- und Jugendberichts beauftragt. Der 575 Seiten starke Bericht mit dem Titel „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten –



Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“ bietet einen umfangreichen Wissensfundus über die Lebenslagen und das Alltagshandeln Jugendlicher und junger Erwachsener und liegt seit Februar 2017 mit Stellungnahme der Bundesregierung vor.

Mit einer gleichzeitig erschienenen, ergänzenden Jugendbroschüre zum Kinder- und Jugendbericht hat das Bundesjugendministerium einen neuen Weg

beschritten. Die Publikation „Jugend ermöglichen! Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht“ soll eine breite Diskussion mit und über die Jugend anregen, über ihre Lebenslagen, ihre Aktivitäten, über Anforderungen an eine jugendgerechte Politik und Gesellschaft und nicht zuletzt auch zur Lektüre des 15. Kinder- und Jugendberichts selbst. Angesprochen werden alle Interessierten, insbesondere aber die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, um die es im Bericht geht.

Mit der Idee für eine solche Jugendbroschüre konnte die Jugendpresse Deutschland gewonnen werden. Ein zehnköpfiges junges Redaktionsteam hat im Auftrag des Bundesjugendministeriums den Jugendbericht intensiv gelesen und aufbereitet. Entstanden ist eine Jugendbroschüre, die mit gut 100 Seiten deutlich schlanker ist als der 15. Kinder- und Jugendbericht. Die Broschüre ist jedoch keine Zusammenfassung des gesamten Berichts, sondern eine verständliche Aufbereitung von zentralen Themen – und zwar solchen, zu denen sich junge Menschen selbst immer wieder einbringen. Die größte Herausforderung bestand in der Perspektive: Es ging nicht darum, den Bericht nur „zu übersetzen“ in eine verständlichere, jugendgerechte Sprache. Sondern die Broschüre macht deutlich, wie die jungen Redakteurinnen und Redakteure den 15. Kinder- und Jugendbericht lesen – jedoch ohne ihn zu kommentieren. Die Jugendbroschüre versucht, der großen Vielfalt der „Jugend von heute“ in Wort und Bild gerecht zu werden und zugleich die jugendpolitische Debatte in unserem Land zu bereichern.

„Jugend ermöglichen! Die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht“ kann als Druckexemplar bestellt werden und ist digital abrufbar unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/jugend-ermoeglichen-/114192>.

## Innovationsfonds im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes

Nach der ersten Auflage des Innovationsfonds zur Förderung der Eigenständigen Jugendpolitik in 2012 mit vielen kreativen Impulsen wurde die Förderung für die Jahre 2014 bis 2016 fortgesetzt. In diesem Rahmen konnten mit den Mitteln des Innovationsfonds 42 Projekte aus den Handlungsfeldern Internationale Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kulturelle Bildung, Politische Bildung und Jugendverbandsarbeit gefördert werden. Die jeweiligen Handlungsfelder hatten unterschiedliche Schwerpunkte: den Umgang Jugendlicher mit dem demografischen Wandel im Bereich Politische Bildung, das Thema Inklusion im Bereich Kulturelle Bildung und den demografischen Wandel im ländlichen Raum in der Jugendverbandsarbeit. Es ging darüber hinaus um die Anerkennung der Internationalen Jugendarbeit als nichtformales Bildungsangebot und um die Integration von Straßenkindern durch Jugendsozialarbeit.

Für die aus dem Innovationsfonds geförderten Projekte sind die Grundsätze der Eigenständigen Jugendpolitik handlungsleitend. Querschnittsanforderung ist

eine wirkungsvolle Jugendbeteiligung. Die Projekte sollen aus der Perspektive der Jugend und gemeinsam mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ihren Interessensvertretungen geplant und durchgeführt werden. Zu einem guten, partizipativen Ansatz gehört insbesondere, dass die Jugendlichen sehen, dass sie mit den Projekten etwas nachhaltig verändern oder bewirken können. Die unmittelbare Einflussnahme von Jugendlichen auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt soll im Rahmen der Projekte unterstützt und befördert werden.

Auch die aktuelle Förderphase zum Innovationsfonds (2017-2019) ist der Eigenständigen Jugendpolitik gewidmet. Das große Interesse spiegelt sich in knapp 400 Interessensbekundungen wider. Für die einzelnen Bereiche wurden wieder inhaltliche Schwerpunkte gesetzt:

- Politische Bildung: Flucht, Migration, Heimat und Religion – Was hält unsere Gesellschaft zusammen?
- Jugendverbandsarbeit: Zugang von Menschen mit Fluchthintergrund zur Jugendverbandsarbeit
- Kulturelle Bildung: Inklusion
- Internationale Jugendarbeit: Mehr Austausch und Begegnung – Jugend gestaltet Information und Beratung
- Jugendsozialarbeit: Soziale, schulische und berufliche Integration von Straßenkindern



Eine umfassende Dokumentation der Förderphase 2014-2016 sowie aktuelle Informationen zum Innovationsfonds sind zu finden unter [www.jugendgerecht.de](http://www.jugendgerecht.de).

## Jugend-Demografie-Dialog

Das Projekt „Jugend-Demografie-Dialog“ der Leuphana-Universität Lüneburg konzipierte und organisierte von 2015 bis 2017 den Beteiligungsprozess von Jugendlichen in vier Modelllandkreisen an der Arbeit der AG „Jugend gestaltet Zukunft“. Ausgewählt wurden vier Landkreise, die mit demografischen Herausforderungen in unterschiedlicher Ausprägung konfrontiert sind: Friesland (Niedersachsen), Kyffhäuserkreis (Thüringen), Lichtenfels (Bayern) und Vorpommern-Rügen (Mecklenburg-Vorpommern). In diesen Landkreisen entwickelten Jugendgruppen parallel zur Arbeit der AG eigene Ideen und Vorschläge zur Gestaltung des demografischen Wandels.



Dazu wurden verschiedene Veranstaltungsformate entwickelt, die etwa in Schulen und Jugendzentren realisiert wurden. Zu Beginn informierten sich die Jugendlichen in sogenannten „Demografiewerkstätten“ über den demografischen Wandel. Auf dieser Wissensbasis erarbeiteten sie Handlungsansätze und Lösungsvorschläge für ihre Region. Insgesamt nahmen an ca. 50 Veranstaltungen des „Jugend-Demografie-Dialogs“ ca. 1.500 Jugendliche teil. Die Gesamtzahl der Vorschläge betrug in den vier Modelllandkreisen 3.600. Sie wurden ausgewertet, strukturiert und geclustert.

Der Partizipationsprozess der Jugendlichen folgte einem neu entwickelten Verfahren, das sich unter anderem an den Modellen „Zukunftswerkstatt“, „Delphi-Stationenlauf“, aber auch am Modell der „Planungszelle“ beziehungsweise der „Citizen-Jury“ (in einer Jugend-Version) orientiert. In einem gestuften Verfahren aus den genannten Demografiewerkstätten, Jugendklausuren, Politikdialogen, Verwaltungsdialogen und Jugendkonferenzen kamen durchdachte, mehrfach gefilterte und weiter ausgearbeitete Vorschläge zustande, die von den Jugendlichen selbst bewertet und priorisiert wurden.

Im Landkreis Vorpommern-Rügen entstand die Idee für eine „Studien-App“, die über die im Landkreis (und gegebenenfalls auch darüber hinaus) bestehenden Studienmöglichkeiten informiert. Die Idee ist, dass man sein Wunschstudium in die App eingibt und diese dann anzeigt, wo man das Fach beziehungsweise die Fächerkombination studieren kann. Darüber hinaus soll die App auch darüber informieren, ob es sich um ein duales oder ein Vollzeitstudium handelt und welche Praktika gegebenenfalls erforderlich sind. Gleichzeitig soll die App neben einer Blog- beziehungsweise Chat-Funktion zum Austausch mit Studierenden und Lehrkräften auch einen Zugang zur (Medien-)Bibliothek sowie Kontakte und Anmeldeformulare bereitstellen.

Wichtig war, dass mit den Vorschlägen vor Ort weitergearbeitet wurde. Überall gab es einen Dialog zwischen Jugendlichen und politisch Verantwortlichen. Die Vorschläge der Jugendlichen wurden ernsthaft erörtert, an die zuständigen Stellen im Landkreis weitergeleitet, geprüft und teilweise bereits umgesetzt. Darüber hinaus diskutierten die Jugendlichen ihre Vorschläge mit der AG „Jugend gestaltet Zukunft“. Der Austausch erfolgte auf vier Jugendkonferenzen vor Ort und im Rahmen der jeweiligen Landkreistagungen der AG „Jugend gestaltet Zukunft“, bei denen die Jugendlichen alle Vorschläge selbst präsentierten. Die Ideen der Jugendlichen flossen zum Teil in die Handlungsempfehlungen für die Demografiestrategie der Bundesregierung ein, an denen die AG arbeitete.

Nähere Informationen zum Projekt sind zu finden unter [www.jugend-demografie-dialog.de](http://www.jugend-demografie-dialog.de).

### Ichmache>Politik|Demografie



Das Projekt „Ichmache>Politik|Demografie“ des Deutschen Bundesjugendrings organisierte von Oktober 2014 bis Dezember 2016 die bundesweite Jugendbeteiligung zur AG „Jugend gestaltet Zukunft“. In mehreren Beteiligungsrunden befassten sich junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren bundesweit mit Themen und Fragestellungen zum demografischen Wandel.

Viele Themen, die Jugendliche in diesem Zusammenhang beschäftigen, wurden Anfang 2015 vom Projekt gesammelt und anschließend auf Facebook, Twitter und Instagram zur Abstimmung gestellt. In zwei Beteiligungsrunden 2015 und 2016 wurden weitere Forderungen und Ideen für eine jugendgerechte Demografiepolitik formuliert.

Ein Thema, mit dem sich die Jugendlichen beschäftigt haben, ist die „Erreichbarkeit“. Dazu gehört für Jugendliche, dass sie mobil sein können, auch außerhalb der Schulzeiten. Außerdem fordern sie bezahlbare Tarife und einen Ausbau der Fahrradinfrastruktur; sie können sich aber auch kreative Mobilitätsalternativen vorstellen. Sie machten zu allen Forderungen gleichzeitig Lösungsvorschläge, zum Beispiel den Einsatz kleinerer Busse, um alle Dörfer anzubinden, die Subventionierung alternativer ÖPNV-Wettbewerber oder auch eine Vereinheitlichung der Tarife über Verbundgrenzen hinaus, den Ausbau von Fahrradwegen, die Möglichkeit der Fahrradmitnahme im ÖPNV beziehungsweise die Schaffung von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder generell sowie die Organisation sicherer Mitfahrgelegenheiten per App und CarSharing.

In der ersten Beteiligungsrunde „So sieht’s aus! Image < Jugend > Internet“ im Jahr 2015 ging es um das Bild der Jugend in der Öffentlichkeit sowie um Angebote für junge Menschen, digital und vor Ort. In der zweiten Beteiligungsrunde „Das muss

sein! Demografiepolitik jugendgerecht gestalten“ im Jahr 2016 ging es um die Verbesserung der Infrastruktur, um die Frage, was junge Menschen brauchen, damit sie sich engagieren können, und um Ideen für Schule, Ausbildung und Arbeit. Außerdem wurde gefragt, woran es fehlt, damit alle miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft leben können.

Das Projekt kombinierte bei beiden Beteiligungsrounds On- und Offlineprozesse mithilfe des Online-Tools „Partool. „Ichmache>Politik|Demografie“ setzte dabei zum einen auf die Auseinandersetzung vor Ort und unterstützte die Durchführung regionaler Aktivitäten, bei denen die Jugendlichen in vielfältigen Formaten (Workshops, Gruppenstunden, Ferienfreizeiten, etc.) diskutieren und Lösungsvorschläge entwickeln konnten. Zum anderen wurden über 1.000 Beiträge und Forderungen junger Menschen zentral über das „Partool zusammengetragen, wobei auch die Ergebnisse aus dem „Jugend-Demografie-Dialog“ aufgenommen wurden. In einer zweiten Phase wurden die gesammelten Vorschläge über das „Partool bewertet und priorisiert und auf dieser Basis in die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ eingebracht.

Die Vorschläge und Forderungen wurden von der AG aufgegriffen, diskutiert und teilweise in die Handlungsempfehlungen „Gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen“ aufgenommen. Die Ideen und Meinungen junger Menschen flossen so in den Gesamtprozess der Demografiestrategie der Bundesregierung ein. „Ichmache>Politik|Demografie“ hat darüber hinaus das Feedback verschiedener Akteure zu den Beiträgen der Jugendlichen eingeholt und diese dokumentiert.

Nähere Informationen zum Projekt sind zu finden unter [www.ichmache-politik.de/demografie](http://www.ichmache-politik.de/demografie).

## Strukturierter Dialog

Der „Strukturierte Dialog“, umgesetzt vom Deutschen Bundesjugendring, bietet jungen Menschen eine Mitwirkungsmöglichkeit an europäischer Jugendpolitik. Er bildet ein offenes Dialogforum, in dem Jugendliche und Verantwortliche in Politik und Verwaltung auf allen Ebenen gemeinsam über ausgewählte Themen diskutieren. Für jeweils eineinhalb Jahre steht dafür ein Thema im Mittelpunkt.



2014/2015 drehte sich alles um das „Empowerment junger Menschen zur politischen Partizipation“ und um die Frage, wie junge Menschen so gestärkt und unterstützt werden können, dass sie ein selbständiges Leben führen und sich selbstverantwortlich und selbstbestimmt in die Gesellschaft einbringen und insbesondere am demokratischen Leben teilhaben können. Das Schwerpunktthema für 2016/2017 „Zusammenleben mitgestalten“ bezieht sich auf spürbare gesellschaftliche Veränderungen, zum Beispiel die Wirtschaftskrise, die zunehmende Digitalisierung, den demografischen Wandel, die Integration von Geflüchteten, den zunehmenden Nationalismus, geschlossene Grenzen

und die Angst vor Überfremdung und Terror sowie auf die Frage, was junge Menschen brauchen, um mit diesen Veränderungen umgehen und das gesellschaftliche Zusammenleben aktiv mitgestalten zu können.

Zur Bearbeitung der Schwerpunktthemen finden in den einzelnen Ländern vielfältige Aktivitäten von und mit Jugendlichen statt, deren Ergebnisse regelmäßig auf EU-Jugendkonferenzen gebündelt werden. Die Empfehlungen aus dem „Strukturierten Dialog“ fließen unter anderem in den EU-Jugendministerrat ein und richten sich zudem an Verantwortliche in Politik und Verwaltung in den Mitgliedsstaaten. Wie der „Strukturierte Dialog“ genau umgesetzt wird, legt jedes EU-Land selbst fest. Ein wichtiger Baustein sind dabei Projekte und Aktivitäten, die von und mit jungen Menschen organisiert werden. Jugendliche recherchieren, debattieren, entwickeln eigene Standpunkte und diskutieren sie mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung. Diese setzen sich mit den Meinungen, Vorschlägen und Forderungen auseinander, beziehen sie soweit möglich in ihre Entscheidungen mit ein und geben ein Feedback.

Darüber hinaus besteht für alle interessierten Jugendlichen und Jugendgruppen die Möglichkeit, sich in Beteiligungsphasen online in den Dialog einzubringen. Eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene sorgt dafür, dass die Anliegen, Forderungen und Wünsche, die über die verschiedenen Wege zusammenkommen, gebündelt werden und in den Gesamtprozess auf EU-Ebene eingebracht werden. Ziel ist es, junge Menschen als politische Akteure und Expertinnen und Experten in eigener Sache ernst zu nehmen und sie systematisch in die Politikgestaltung einzubeziehen. Gleichzeitig erfahren Verantwortliche in Politik und Verwaltung mehr über das Leben und die Ansichten junger Menschen. Dieses Wissen sollen sie nutzen, um ihre Entscheidungen zu qualifizieren. Ein Wechselspiel also, von dem beide Seiten profitieren können.

Nähere Informationen zum Projekt sind zu finden unter [www.strukturierter-dialog.de](http://www.strukturierter-dialog.de).







## Werkstatt MitWirkung

Mit der „Werkstatt MitWirkung“ des Deutschen Bundesjugendrings wird das Thema Jugendbeteiligung weiter intensiviert. Dazu wurden die beiden Beteiligungsprojekte „Ichmache>Politik|Demografie“ und „Strukturierter Dialog“ ab Januar 2017 zusammengeführt.

Hintergrund ist, dass Jugendbeteiligung zwar an Bedeutung gewinnt, aber noch zu häufig als beliebiges Element von (Jugend-)Politik verstanden wird. Hier setzt die „Werkstatt MitWirkung“ an: Beteiligung ist wichtig, aber kein Selbstzweck. Die „Werkstatt MitWirkung“ steht für die Stärkung der Mitbestimmung junger Menschen an politischen Prozessen. Dabei stehen drei Bereiche im Mittelpunkt:

**Jugendbeteiligung wirksam umsetzen:**

Mit der „Werkstatt MitWirkung“ sollen wirkungsvolle und nachhaltige Beteiligungsprozesse in unterschiedlichen Bereichen der Jugendpolitik verankert werden. Dazu wird Jugendbeteiligung auf Bundesebene umgesetzt und die Partizipation junger Menschen mit europäischer Reichweite gestärkt. Der „Strukturierte Dialog“ bleibt dabei als europäisches Projekt sichtbar.

**Jugendbeteiligung weiterentwickeln:**

Mit der „Werkstatt MitWirkung“ wird Jugendbeteiligung weiter entwickelt. Qualitätsstandards für Partizipationsprozesse werden aktualisiert, und es wird über innovative Ansätze von Jugendbeteiligung nachgedacht. Es werden Impulse für vielfältige Formen der Mitwirkung gesetzt. Außerdem sollen nicht nur Jugendliche, sondern auch politische Entscheidungsträgerinnen und -träger dazu ermutigt und befähigt werden, miteinander in den Dialog zu treten.

**Information, Qualifizierung und Vernetzung zu Jugendbeteiligung unterstützen:**

Die „Werkstatt MitWirkung“ will den Austausch und die Qualifizierung im Themenfeld Jugendbeteiligung stärken. Sie unterstützt deshalb die bundesweite Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren und stellt Informationen sowie Expertise rund um das Thema zur Verfügung.



Informationen zum Projekt sind zu finden unter: <https://www.dbjr.de/nationale-jugendpolitik/partizipation-demokratie/werkstatt-mitwirkung.html>.

## jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation

YouTube, Instagram, WhatsApp – Jugendliche kommunizieren und orientieren sich tagtäglich digital. Wirtschaft, Wissenschaft, Initiativen oder Vorreiter-Kommunen nutzen zunehmend digitale Tools, um Projekte und Prozesse effektiver zu gestalten. Für junge Menschen hängen Chancengerechtigkeit und Teilhabe auch davon ab, ob ihnen digitale Möglichkeiten zu Beteiligung und Engagement eingeräumt werden. Wie diese aussehen können und welche Methoden und Instrumente für Jugendverbände und andere Träger der Jugendhilfe, Jugendinitiativen, Kommunen oder Landes- und Bundesvertretungen wirksam sind, bündelt jugend.beteiligen.jetzt.



Zentrale Anlaufstelle dieses Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, des Deutschen Bundesjugendrings und IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland ist die Online-Plattform **www.jugend.beteiligen.jetzt**.

Zur Unterstützung digitaler Jugendbeteiligung werden hier Wissen und Leitfäden rund um das Thema zur Verfügung gestellt. Auf der Plattform gibt es außerdem Entscheidungshilfen für die Auswahl passender Methoden und Werkzeuge. Zentral ist in diesem Zusammenhang die Darstellung von vorhandenen Werkzeugen – für unterschiedliche Formen und Anlässe der digitalen Jugendbeteiligung, die genutzt und gegebenenfalls den Bedarfen entsprechend angepasst oder weiterentwickelt werden können (zum Beispiel Etherpad, yourpart, ypart.eu, ePartool, Antragsgrün und das Barcamp-Tool Camper). Dazu gibt es Anleitungen sowie anwendungsbezogene Beispiele zu projekteigenen und Werkzeugen anderer Vorhaben. Darüber hinaus werden auf der Plattform gute Beispiele für Jugendbeteiligungsprojekte, verortet in einer Projektlandkarte, dargestellt.

jugend.beteiligen.jetzt versteht sich außerdem als Qualifizierungsnetzwerk für digitale Jugendbeteiligung, durch

- die Ausgestaltung eines Curriculums zur Qualifizierung von Prozessmoderatorinnen und -moderatoren für kommunale Beteiligungsverfahren,
- die Entwicklung von regionalen Qualifizierungsangeboten für Ansprechpersonen von Kommu-



- nen und andere Akteurinnen und Akteuren der (digitalen) Jugendbeteiligung,
- die Durchführung von Qualifizierungen in Kooperation sowie Workshops im Rahmen von Fachtagungen und
- die Bereitstellung von Materialien.

Zukünftig sollen auch Angebote in Form von Online-Kursen und Tutorials zur Verfügung gestellt werden. Die Plattform unterstützt außerdem die regionale sowie überregionale Vernetzung und den Austausch von Jugendverbänden und Jugendinitiativen sowie Kommunen und anderen Akteuren, um gute Beispiele digitaler Partizipation zu verbreiten. Und jugend.beteiligen.jetzt setzt Fachimpulse zu Gelingensfaktoren digitaler Jugendbeteiligung.

### Juniorwahl und U-18-Wahlen

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt sich dafür ein, bei jungen Menschen ein nachhaltiges Bewusstsein für die Bedeutung der politischen Partizipation zu schaffen und für eine höhere Wahlbeteiligung zu werben.

Bei der Juniorwahl, umgesetzt durch den Projektträger Kumulus e. V., werden simulierte Wahlen im Schulunterricht inhaltlich vorbereitet und durchgeführt. Die Juniorwahl 2017 wird eine Woche vor der Bundestagswahl in allen 16 Bundeslän-



dern an weiterführenden Schulen (alle Schulformen ausgenommen Grundschulen) als klassische Papierwahl oder Online-Wahl durchgeführt. Das Ergebnis wird am Wahlsonntag, den 24. September, um 18 Uhr veröffentlicht.

Durch das Üben und Erleben von Demokratie soll mit der Jugendwahl ein Beitrag zur politischen Sozialisation von Jugendlichen geleistet werden. Schülerinnen und Schüler werden an die Prozesse der demokratischen Willensbildung herangeführt und auf die künftige Partizipation innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet. Die Juniorwahl soll das Bewusstsein für die

Bedeutung der Bundestagswahl bei jungen Menschen schärfen, für die Teilnahme an Wahlen werben, ihr Urteilsvermögen stärken, zur aktiven verantwortlichen Mitgestaltung der Gesellschaft ermutigen und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der demokratische Kultur leisten.

Nähere Informationen zur Juniorwahl sind zu finden unter [www.juniorwahl.de](http://www.juniorwahl.de).

U18 ist die Wahl für alle, die noch nicht 18 Jahre alt sind. U18 ist von Kindern und Jugendlichen selbst organisiert und bedeutet politische Bildung von jungen Menschen, mit und für junge Menschen. Neben der Information über den Zusammenhang zwischen Wahlen und politischen Entscheidungen sowie über den Ablauf von Wahlen bilden sich Kinder und Jugendliche bei U18 zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren weiter und motivieren andere zur Teilnahme. Durch U18 wird aber auch Politik für die Interessen von Kindern und Jugendlichen sensibilisiert. Die U18-Wahl zeigt, dass Kinder und Jugendliche eine Meinung haben.



Der Zugang zu U18 ist leicht. Kinder und Jugendliche, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer Einrichtung der Jugendhilfe, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern können U18 diskutieren und vorbereiten, anbieten oder mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam umsetzen. Kinder und Jugendliche, die ein Wahllokal öffnen wollen, melden dies unter [www.u18.org](http://www.u18.org) an. Junge Menschen planen und organisieren dabei mit Unterstützung einer Koordinierungsstelle (U18-Team) alles selbst. Die

Koordinierungsstelle prüft, ob die Regeln eingehalten werden. Wahllokale kann es überall geben, wo Kinder und Jugendliche sind: In Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendverbänden, Jugendclubs, Sportvereinen, Bibliotheken, Schulen, Schulclubs usw.



Der U18-Wahltag ist immer der Freitag neun Tage vor dem amtlichen Wahltermin: im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 ist das der 15. September. Nach Schließung der Wahllokale um 18 Uhr werden die Stimmzettel öffentlich durch die jungen Organisatorinnen und Organisatoren eines Wahllokals ausgezählt. Die Ergebnisse werden an die Wahlzentrale (U18-Team) übermittelt. Im Internet wird ab 18 Uhr die erste Hochrechnung und am späteren Abend das

Endergebnis veröffentlicht. Mittlerweile gibt es U18 bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen, seit 2014 auch bei der Europawahl. U18 wird bundesweit umgesetzt vom Netzwerk U18. Dazu gehören das Deutsche Kinderhilfswerk, der Deutsche Bundesjugendring, die Landesjugendringe, viele Jugendverbände und das Berliner U18-Netzwerk. Die U18-Bundestagswahl 2017 wird durch den Deutschen Bundesjugendring koordiniert.

## Jugendpolitische Foren

In verschiedenen Veranstaltungsformaten (Kongresse, Fachforen, Jugendforen, Workshops, Messen, etc.) werden die Jugendstrategie und ihre Einzelvorhaben regelmäßig präsentiert und diskutiert. Sie richten sich an Jugendliche und junge Erwachsene sowie an die Fachwelt – zum Teil auch gemeinsam. Im Folgenden sind Veranstaltungen verschiedener Formate beispielhaft aufgeführt.



Strategiekongress Demografie „Wohlstand für alle Generationen?“ (September 2015) und 3. Demografiegipfel „Zusammenhalt stärken – Verantwortung übernehmen“ (März 2017)

- Gipfel und Kongresse als zentrale Foren für den bundesweiten Dialog- und Arbeitsgruppenprozess zur Demografiestrategie der Bundesregierung
- aktive Mitwirkung der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ und von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus begleitenden Beteiligungsprojekten



16. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag (März 2017)

- Fachforen im Rahmen des Fachkongresses („Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft – Zwischenbilanz zur Jugendstrategie 2015-2018“; „16 Wege zu jugendgerechten Kommunen – Ein Zwischenstand“; „Die Jugend von heute – Jugendbilder in der Öffentlichkeit“; „Neue Jugendpolitiken – Europäische Jugendstrategien im Vergleich“)
- gemeinsamer Stand der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ und des Referats „Eigenständige Jugendpolitik“ des Bundesjugendministeriums im Rahmen der Fachmesse



Forum „Starke Kinder. Starke Jugendliche. Starke Demokratie.“ im Rahmen des Demokratiekongresses „500 Jahre Gesellschaft im Wandel. Was hält die Demokratie in Deutschland zusammen?“ (März 2017)

- Kongress anlässlich des 500jährigen Reformationsjubiläums zur Entwicklung von Perspektiven für gesellschaftlichen und demokratischen Zusammenhalt
- Fachforum „Starke Kinder. Starke Jugendliche. Starke Demokratie.“ zur Frage, wie verschiedene Lebensbereiche kinder- und jugendgerechter gestaltet werden können (Themen: Frühkindliche Förderung, Bildung und Arbeitswelt; Infrastruktur, Umwelt, Gesundheit; Freizeit und Freiräume; Chancen und Risiken der Digitalisierung)

## JugendPolitikTage des Bundesjugendministeriums (Mai 2017)



- 450 teilnehmende Jugendliche und junge Erwachsene aus Jugendparlamenten, Jugendforen, Jugend(bei)räten, Jugendverbänden, Schülerinnen- und Schülervertretungen und anderen Beteiligungsformen zwischen 16 und 27 Jahren
- dreitägige Veranstaltung mit Foren, Themenwerkstätten und Arbeitsgruppen (Themen: Politik und Politische Bildung; Ungleichheit und Bildungsgerechtigkeit; Rechtsextremismus und Demokratieförderung; Freiräume und Handlungsräume; Flucht und Migration)
- zentraler Partner: Jugendpresse Deutschland; weitere mitwirkende Organisationen: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit, Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Deutsche Sportjugend, Bund der deutschen Landjugend, Bundesprogramm „Demokratie leben!“, Pressenetzwerk für Jugendthemen, Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“, Mitgliedsorganisationen des Rings politischer Jugend

## Jugendmeile im Rahmen des jährlichen Tages der offenen Tür der Bundesregierung

- Sport, Kultur und Aktionen für Jugendliche und junge Erwachsene vor dem Bundesjugendministerium in Berlin
- Informationen zu jugendpolitischen Aktivitäten des Ministeriums
- Mitwirkung vielfältiger Partner (zum Beispiel 2016: Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, Deutsche Sportjugend mit der Deutschen Turnerjugend und der Deutschen Behindertensportjugend, Jugendpresse Deutschland, Koordinierungsstelle für U18 in Berlin, Bund der Deutschen Landjugend, „Ich mache Politik | Demografie“, „jugend.beteiligen.jetzt“, Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“)



## Quellenverzeichnis

1. Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ (Hrsg.): Was ist die Jugendstrategie? Videoclip, unter: [www.jugendgerecht.de](http://www.jugendgerecht.de)
2. Videoclip „Was ist die Jugendstrategie?“ (siehe Fußnote 1)
3. Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015, S.42 ff, unter: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile)
4. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 15. Kinder- und Jugendbericht – und Stellungnahme der Bundesregierung, Berlin 2017 / Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode – Drucksache 18/11050, S. 234, unter: <https://www.bmfsfj.de/blob/113816/c4494dee85b47af8049fd5dc68122ece/15--kinder-und-jugendbericht-data.pdf>
5. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“, In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Jugend gestaltet Zukunft. Gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen. Handlungsempfehlungen für die Demografiestrategie der Bundesregierung, Berlin 2017, unter: [www.bmfsfj.de/AG-JgZ-Handlungsempfehlungen](http://www.bmfsfj.de/AG-JgZ-Handlungsempfehlungen)
6. Ebd.
7. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Jugend ermöglichen! Die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2017, S. 77, unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/jugend-ermoeglichen-/114192>
8. 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 468 f. (siehe Fußnote 4)
9. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
10. Ebd.
11. Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 49 (siehe Fußnote 7)
12. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
13. Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ (Hrsg.): „Die Jugend von heute“ – Die Wahrnehmung von Jugend in der Öffentlichkeit, Videoclip, unter: [www.jugendgerecht.de](http://www.jugendgerecht.de)
14. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
15. Ebd.
16. Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 73 (siehe Fußnote 4)
17. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 14. Kinder- und Jugendbericht – und Stellungnahme der Bundesregierung, Berlin 2013 / Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode Drucksache 17/12200, S. 142, unter: <https://www.bmfsfj.de/blob/93146/6358c96a697b0c3527195677c61976cd/14-kinder-und-jugendbericht-data.pdf>
18. 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 49 ff. (siehe Fußnote 4)
19. Ebd., u. a. S. 75
20. Ebd., S. 462
21. Videoclip „Was ist die Jugendstrategie?“ (siehe Fußnote 1)
22. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
23. Ebd.
24. 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 162 (siehe Fußnote 4)
25. Die OECD verweist immer wieder darauf, dass in Deutschland der Bildungserfolg eines jungen Menschen nach wie vor eng an seine soziale Herkunft gekoppelt ist, so stark wie in kaum einem anderen Industriestaat. (Vgl. Bildung auf einen Blick 2016. OECD-Indikatoren, unter: [http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/ocd/education/bildung-auf-einen-blick-2016\\_9789264264212-de#page13](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/ocd/education/bildung-auf-einen-blick-2016_9789264264212-de#page13))
26. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
27. Videoclip „Was ist die Jugendstrategie?“ (siehe Fußnote 1)
28. Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ (Hrsg.): Stimmen aus der Jugendkonferenz zur Jugendstrategie, Videoclip, unter: [www.jugendgerecht.de](http://www.jugendgerecht.de)
29. Vgl. u. a. Zentrum für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik und den Aufbau einer Allianz für Jugend (Hrsg.): Eigenständige Jugendpolitik. Dialogprozess, Leitlinien, Herausforderungen, Berlin 2014, unter: [https://www.jugendgerecht.de/downloads/Ergebnispublikation\\_EiJP\\_Webversion.pdf](https://www.jugendgerecht.de/downloads/Ergebnispublikation_EiJP_Webversion.pdf)
30. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
31. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
32. Ebd.
33. Jugendworkshop der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“: Wie ist es, heute jung zu sein? Und was macht eine Kommune jugendgerecht?, 19.-21. Juni 2015, Dokumentation unter: [https://www.jugendgerecht.de/downloads/Dokumentation-Jugendworkshop\\_Layout\\_End.pdf](https://www.jugendgerecht.de/downloads/Dokumentation-Jugendworkshop_Layout_End.pdf)
34. Amtsblatt der Europäischen Union C 83/120 (30.3.2010): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Titel XII (Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport), Artikel 165, Abs. 2, unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2010:083:FULL&from=DE>
35. Videoclip „Was ist die Jugendstrategie?“ (siehe Fußnote 1)
36. 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 122 (siehe Fußnote 4)
37. Videoclip „Stimmen aus der Jugendkonferenz zur Jugendstrategie“ (siehe Fußnote 29)
38. 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 470 (siehe Fußnote 4)
39. Ebd., S. 471
40. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)



41. 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 390 (siehe Fußnote 4)
42. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
43. Ebd.
44. Videoclip „Was ist die Jugendstrategie?“ (siehe Fußnote 1)
45. Ebd.
46. Informelles Lernen findet im Alltag, am Arbeitsplatz, im Familienkreis oder in der Freizeit statt. Es ist in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung nicht strukturiert und führt üblicherweise nicht zur Zertifizierung. Informelles Lernen kann zielgerichtet sein, ist jedoch in den meisten Fällen nichtintentional beziehungsweise beiläufig. Nicht-formales Lernen findet nicht in Bildungseinrichtungen statt und führt üblicherweise nicht zur Zertifizierung. Gleichwohl ist es in Bezug auf Lernziele, Lerndauer und Lernmittel systematisch. Aus Sicht der Lernenden ist es zielgerichtet. Formales Lernen findet üblicherweise in einer Bildungseinrichtung statt, ist in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung strukturiert und führt zur Zertifizierung. Formales Lernen ist aus der Sicht des Lernenden zielgerichtet. (Vgl. Europäische Kommission: Ein europäischer Raum des lebenslangen Lernens, Luxemburg 2001, S. 33 ff.)
47. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
48. Videoclip „Stimmen aus der Jugendkonferenz zur Jugendstrategie“ (siehe Fußnote 29)
49. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
50. Videoclip „Die Jugend von heute“ (siehe Fußnote 13)
51. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
52. Videoclip „Was ist die Jugendstrategie?“ (siehe Fußnote 1)
53. Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2016. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn 2016, S. 149
54. Vgl. Statistisches Bundesamt: Hochschulen, 2016, unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Hochschulen/Hochschulen.html>
55. Ebd.
56. LSBTTIQ steht für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen.
57. Care Leaver sind junge Menschen, die als junge Erwachsene die stationäre Jugendhilfe verlassen. Sie sind etwa in Kinderheimen, Pflegefamilien oder Wohngruppen aufgewachsen und haben häufig keinen oder einen konfliktgeladenen Kontakt zu ihrer Herkunftsfamilie. Der Gesetzgeber hat mit § 41 SGB VIII eine Vorschrift gesetzt, die jungen Volljährigen bis zum 21. Lebensjahr und im Einzelfall auch bis zum 27. Lebensjahr Hilfe gewährt. Diese Möglichkeit kommt jedoch in der Praxis selten zum Tragen beziehungsweise wird den Jugendlichen oft nicht aufgezeigt. So endet die Unterstützung häufig mit dem
18. Geburtstag, und von den jungen Erwachsenen wird erwartet, dass sie sogleich selbstständig sind. Dabei müssen sich Care Leaver einer Vielzahl an Problemlagen stellen. Vergangenheitsbedingte emotionale Belastung, der Verlust eines stabilen Familiensystems und Schwierigkeiten in der Finanzierung und Strukturierung des Alltags sind zusätzliche Hürden.
58. Vgl. Jan Groebel, Markus M. Grabka, Carsten Schröder: Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch: Junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht, In: DIW-Wochenbericht, 25/2015, S. 579
59. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa>
60. Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld 2016, S. 116 f.
61. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
62. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Jugend gestaltet Zukunft. Gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen. Handlungsempfehlungen für die Demografiestrategie der Bundesregierung, Berlin 2017, S. 9 ff.
63. Videoclip „Stimmen aus der Jugendkonferenz zur Jugendstrategie“ (siehe Fußnote 29)
64. Ebd.
65. 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 474 (siehe Fußnote 4)
66. Ebd., S. 473
67. Ebd., S. 471
68. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
69. Vgl. Bettina Arnoldt, Peter Furthmüller, Christine Steiner: Ganztagsangebote für Jugendliche. Eine Expertise zum Stellenwert von Ganztagsangeboten für Schüler/innen ab der 9. Klasse im Auftrag des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik, 2013, unter: [http://www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/StEG\\_Expertise.pdf](http://www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/StEG_Expertise.pdf)
70. Vgl. Thomas Coelen, Anna Lena Wagener, Ivo Züchner: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Ganztagschulen. Expertise für das Zentrum Eigenständige Jugendpolitik, 2012, unter: [http://www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/Expertise\\_Coelen-Wagener-Zchner.pdf](http://www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/Expertise_Coelen-Wagener-Zchner.pdf)
71. Beitrag der Jugendlichen im Kontext der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ (siehe Fußnote 5)
72. 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 360 (siehe Fußnote 4)
73. Ebd., S. 475
74. Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, S. 101, unter: [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile)
75. Ebd.
76. Ebd., S. 77

## Bildnachweise

- S. 3 Bundesregierung/Denzel  
 S. 4 unsplash  
 S. 5 Foroozan Faraji, unsplash.com  
 S. 6 Annie Spratt, unsplash.com  
 S. 8/9 Brooke Cagle, unsplash.com  
 S. 10/11 Steinar Engeland, unsplash.com  
 S. 12/13 Jens Johnsson, unsplash.com  
 S. 14/15 Greg Raines, unsplash.com  
 S. 17 Andrew Neel, unsplash.com  
 S. 18 Levi Saunders, unsplash.com  
 S. 20/21 Alexis Brown, unsplash.com  
 S. 22/23 Go Spaces, unsplash.com  
 S. 25 Alejandro Alvarez, unsplash.com  
 S. 26 Christian Sterk, unsplash.com  
 S. 28/29 Jugend-Demografie-Dialog  
 S. 30/31 Aranxa Esteve, unsplash.com  
 S. 32/33 unsplash.com  
 S. 34/35 Tamarcus Brown, unsplash.com  
 S. 36/37 unsplash.com  
 S. 38/39 Christopher Campbell, unsplash.com  
 S. 40 Matthew Henry, unsplash.com  
 S. 42/43 unsplash.com  
 S. 44/45 „Michael Schulze von Glaßer“ / www.jugendmedien.de, CC-Lizenz(by-nc-nd) <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>  
 S. 46/47 Dialog macht Schule gGmbH  
 S. 49 Elijah Henderson, unsplash.com  
 S. 50/51 Sirotorn Sumpkulpak, unsplash.com  
 S. 53 Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant\_innen e.V.  
 S. 54 Joe Pizzio, unsplash.com  
 S. 58 Titelbild „Jugend gestaltet Zukunft. Gelingen des Aufwachsens in ländlichen Regionen. Handlungsempfehlungen für die Demografiestrategie der Bundesregierung.“  
 S. 60 Uwe Nölke, © Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“  
 S. 65 Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“  
 S. 66 Titelbild Jugendbroschüre 15. Kinder- & Jugendbericht des BMFSFJ  
 S. 68 Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e.V.  
 S. 72/73 Benjamin Combs, unsplash.com  
 S. 74/75 Jonas Walzberg, © Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“  
 S. 76/77 Kumulus e.V.  
 S. 79 www.jugendgerecht.de



**Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;  
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.**

**Herausgeber:**

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
11018 Berlin  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)



**Die vorliegende Broschüre ist digital unter  
[www.bmfsfj.de/jugendstrategie](http://www.bmfsfj.de/jugendstrategie) abrufbar.**

**Bezugsstelle:**

Publikationsversand der Bundesregierung  
Postfach 48 10 09  
18132 Rostock  
Tel.: 030 182722721  
Fax: 030 18102722721  
Gebärdentelefon: [gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de](mailto:gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de)  
E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

Für weitere Fragen nutzen Sie unser  
Servicetelefon: 030 20179130  
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr  
Fax: 030 18555-4400  
E-Mail: [info@bmfsfj.service.bund.de](mailto:info@bmfsfj.service.bund.de)

Einheitliche Behördennummer: 115\*  
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: [115@gebaerdentelefon.d115.de](mailto:115@gebaerdentelefon.d115.de)

**Artikelnummer:** 5BR241

**Stand:** Juni 2017, 2. Auflage

**Gestaltung:** Jan Zaiser, [www.janzaiser.de](http://www.janzaiser.de)

**Druck:** Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Sontraer Straße 6, 60386 Frankfurt am Main

\* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter [www.115.de](http://www.115.de).